

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 8. Juni 1895.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Die Unteroffiziere des Kapitalismus.

So lange das ehrsame Handwerk die Güterproduktion betrieb, kannte man nur Meister, Gesellen und Lehrlinge. Wie der letztere nur eine Entwicklungsphase der beruflichen Ausbildung darstellte, so auch der Geselle. In der Zeit, da das Handwerk noch den vielberufenen goldenen Boden hatte und die Innungen noch nicht verknüppelt waren, war es wohl ausnahmslos der Fall, daß der Geselle zum Meister avancierte. Später, als der Geist der Engherzigkeit und Verknüppelung, der Klaffengeist, in die Ränke einzog und das Meisterwerden durch allerlei Anforderungen erschwert wurde, gelang es zahlreichen Gesellen nicht mehr, Meister zu werden, der Gesellenstand wurde zu einer besonderen sozialen Klasse, zur Arbeiterklasse der feudalen Gesellschaft. Der Umfang der Handwerksbetriebe blieb zwar auch dann noch ein beschränkter, aber da, wo eine Anzahl von Gesellen beschäftigt war, entstand schon eine „Charge“, der Obergefell — der älteste Vorfahre der modernen Industriee Unteroffiziere. Indeß bedeutete der „Obergefell“ mehr einen Titel als ein Amt, da er den Mitgesellen gegenüber keine nennenswerten Befugnisse besaß, sondern eben auch nur Geselle wie die andern war.

Mit dem Entstehen der Fabriken und der Vereinigung größerer Arbeitermassen in einem Geschäft änderte sich dies und es erschienen nun die Offiziere und Unteroffiziere der Industrie in Gestalt der Direktoren, Chefs, Inspektoren, Ingenieure, Werkmeister, Werkführer, Obermeister, Meister, Aufseher, Vorarbeiter, Gruppenführer usw. Während die erstern mit höherer Bildung aus der Bourgeoisie und aus dem sogenannten Mittelstand hervorgehen und sozusagen die industriellen Offiziere bilden, kommen die andern — die Unteroffiziere — aus der Arbeiterklasse.

Ueber die Nothwendigkeit dieser Funktionen in dem Organismus, den eine Fabrik darstellt, wollen wir kein Wort verlieren; es ist ja selbstverständlich, daß eine Produktionsstätte mit verschiedenen Abtheilungen, die aus der Mannigfaltigkeit der Erzeugnisse und aus der Arbeitstheilung entspringen, mit nur einer leitenden Person nicht auskommt, sondern mehrerer Funktionäre bedarf. Soweit sie nur technische Obliegenheiten, welche mit dem Arbeitsprozeß zusammenhängen, erfüllen, werden sie auch den Arbeitern nicht lästig. Das Lästige werden dieser Angestellten für die Arbeiter beginnt erst dann, wenn sie sich als Antreiber, als „Sklavenaufseher“ betheiligen, wenn der Arbeiter bei seiner Arbeit durch Schimpfworte, Bedrohungen und Mißhandlungen gequält und gejagt wird. Dies geschieht natürlich von den „Offizieren“ sowohl als den „Unteroffizieren“, von letztern aber häufiger, da sie die unmittelbaren Vorgesetzten der Arbeiter sind und beständig, während der ganzen Arbeitszeit, um sie herum weilen

und Aufsicht üben. Der Dienstleister und der Servilismus, sowie die Sucht, an den oberen Stellen gut angeschrieben zu sein, verleitet diese Angestellten häufig zu schroffem Vorgehen und zu den maßlosesten Ausschreitungen. Viele von ihnen lassen sich mit den Worten charakterisieren: nach oben hüdnisch-speichelleckerisch, nach unten gemein-brutal. Ein österreichischer Gewerbeinspektor berichtet (1893), daß sich bei ihm Arbeiter beschwerten, daß sie wegen oft ganz unbedeutender Dinge „zusammengehungelt“ würden, daß Aufseher, Vorarbeiter und Meister im Verkehr mit den Arbeitern sich mitunter alle möglichen Schimpfworte erlaubten; daß ferner, in einem anderen Falle, eine wahre „Polchawirtschaft“ im Betriebe herrschte, indem die Vorarbeiter, Meister, Abtheilungsleiter, gedeckt durch das unbegrenzte Vertrauen des Unternehmers oder des Direktors, nach Willkür mit den Arbeitern umsprängen, Leute aufnahmen und entlassen, wie es ihnen einfiel und paßte. Den Gegenstand der am häufigsten wiederkehrenden Klagen aber bildete die strafweise Entlassung der Arbeiter, die wegen oft geringfügiger Vergehen und Disziplinwidrigkeiten in manchen Betrieben nicht etwa vereinzelt vorkam, sondern geradezu zur Maxime geworden zu sein scheint.

Die Untersuchung dieser Beschwerden ergab, wenige Ausnahmefälle abgesehen, die Mächtigkeit der gemachten Angaben. „Bei diesen Erhebungen machte ich die auch bei den einzelnen Inspektionen schon gewonnene Erfahrung, daß manche der aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Meister, Zweigleiter, Direktoren und Unternehmer an „Schneidigkeit“ der Behandlung ihren Kollegen keineswegs nachstanden. Vorkommnisse und Verfahren des in den angeführten Beschwerden geschilderten Charakters gefährden aber den sozialen Frieden nicht weniger, als Anstände anderer Art und Beschaffenheit. Sie rufen Verstimmung, oft auch Verbitterung hervor, die nicht immer auf die Beteiligten allein beschränkt bleibt, sondern weitere Kreise zieht und schließlich dann nicht selten in konkreten Streikfällen oder wohl gar in Erzeissen oder einer gemeinsamen Aktion Aller einen unerwarteten Ausbruch findet. Beider hat derartigen Verhältnissen und Vorfällen gegenüber der Aufsichtsbeamte einen schweren Stand. . . Es bleibt dem Gewerbeinspektor nichts anderes übrig, als sein Bedauern, eventuell seine Mißbilligung auszusprechen, zu belehren und auf die gefährlichen Konsequenzen der beobachteten Praxis aufmerksam zu machen, selbst auf das Risiko hin, an sich selbst einmal irgendwo ein Pröbchen der getadelten „Schneidigkeit“ zu erfahren.“

Zahlreiche Pröbchen dieser „Schneidigkeit“ finden sich auch in unserer Gewerkschafts- und Parteipresse. In diesem Blatte fanden wir wiedergegebene Aeußerungen von Werkführern und Meistern gegenüber den Arbeitern, wie: Spikububenbande, Schweinigel, Affe, dummes

Bleß, gemeiner, frecher Kerl, großschändlicher Meßbengler, „ich schmelz' Ihnen raus“, „Machen Sie, daß Sie zum Teufel kommen“ usw. Das ist die reinste Kasernenprache und in der That sind zahlreiche gewesene militärische Unteroffiziere auch in der Industrie als „Unteroffiziere“ thätig, offenbar weniger wegen beruflicher Eignung, als vielmehr wegen ihrer in der Kaserne erworbenen „Schneidigkeit“, für die freilich Flegelhaftigkeit und Gemeinheit zutreffendere Ausdrücke sind.

Sind die größten Schimpfworte, welche oft ohne jede Veranlassung über alte und junge Arbeiter und Arbeiterinnen ausgeschüttet werden, geeignet, das Ehrgefühl derselben auf's Tiefste zu verletzen und innere Empörung zu bewirken, so folgt eine andere Thätigkeit der industriellen Unteroffiziere und Offiziere den Arbeitern empfindlichen materiellen Schaden zu, nämlich das Abzugs- und Bußenwesen, sowie Lohnreduktionen. Es gibt Fabrikangestellte, welche mit einer wahren Virtuosität das Chikanieren der Arbeiter in allen möglichen Formen praktizieren und für alles Mögliche und Unmögliches mit Abzügen und Bußen bei der Hand sind. Was in diesen Dingen das ganze Jahr hindurch an der Arbeiterklasse gesündigt, wie viel schweres Unrecht und Vergewaltigung da unter brutalem Mißbrauch der wirtschaftlichen Uebermacht verübt wird, welche Leiden da die Arbeiterschaft erdulden muß — das wissen nur die betreffenden moralisch mißhandelten und wirtschaftlich geschädigten Arbeiter allein, dafür fehlt andern Klassen das Gefühl und das Verständniß!

Die offenen Lohnreduktionen gehen vielleicht in den meisten Fällen von Werkführern und Direktoren aus und sie werden häufig bei Eintritt der neuen Stellung als Mittel benutzt, um sich bei den Geschäftsinhabern gut einzuführen, um denselben zu beweisen, wie viel Verständnis für die Unternehmerinteressen und wie viel Schneidigkeit der neue Besen besitzt. Wie oft schon mag wohl durch solche schmutzige, verwerfliche Beweggründe die Lage der Arbeiter verschlechtert und der Streik provoziert worden sein. Beweis für die bedenklichen Praktiken der Fabrikangestellten mag die Thatsache sein, daß in tausenden von Fällen die streikenden Arbeiter als erste Forderung aufstellen: Entlassung des Werkführers, Direktors oder eines andern Angestellten. Diese Thatsache aber hindert den kapitalistischen Klüngel nicht, in allen Fällen die Arbeiter als den Theil, der im Unrechte ist, hinzustellen und nach Polizei, Staatsanwalt und Militär gegen die provozirenden Arbeiter zu schreien.

Soweit diese Handlungen gegen die Arbeiter von Deuten ausgehen, welche aus der Bourgeoisie hervorgegangen sind und sich zu ihr zählen, bleiben sie zwar gleichwohl verwerflich, aber sie erscheinen entschuldbar und begreiflich angesichts der arbeiterselbstlichen Gesinnung, von der alle Kreise der Bourgeoisie erfüllt sind. Dagegen sind sie ein schändlicher Verrath

an der eigenen, an der Arbeiterklasse, soweit diese Handlungen von Meistern, Vorarbeitern, Werkführern u. verübt werden, die selbst aus der Arbeiterschaft hervorgegangen, selbst Arbeiter waren und es auch in ihren Stellungen noch sind. Außerdem sind sie auch Selbstbetrug. Keiner der letztern wird auf Lebenszeit angestellt, keinem wird eine lebenslängliche Pension vertragsmäßig gewährt und es wird auch keiner so bezahlt, um selbst reich werden zu können; ihre Stellung schwebt meistens ebenso in der Luft, wie die des gewöhnlichsten Arbeiters. Jeden Tag kann der Werkführer wieder heruntersteigen müssen auf den gewöhnlichen Arbeiterplatz und wie bitter wird er es dann empfinden, wenn schlechte Arbeitslöhne gezahlt werden, eine lange Arbeitszeit und eine schlechte, „schneidige“ Behandlung der Arbeiter üblich sind. Kommt er aber nicht selbst wieder in die Stellung des einfachen Arbeiters, so doch sein Sohn und vielleicht auch die Tochter, die dem Vater keine Wohlthat auf schlechte Arbeitsverhältnisse vorbringen werden, in deren Leiden er im Gegentheil ein Stück Wiedervergeltung erfahren muß.

Wir geben gerne zu, daß z. B. für den Werkführer in einer Fabrik es keine leichte Aufgabe ist, den Unternehmer und die Arbeiter gleichzeitig zu befriedigen. Aber ein gewissenhafter Mann, ein Charakter, wird seine Pflichten auf aufrichtige Weise zu erfüllen sich bemühen, er wird sich nicht zum verächtlichen Handlanger des Kapitals gegen seine eigenen Arbeitsbrüder hergeben, sondern diesen mit Achtung begegnen und sie nicht drücken; und kommt er darüber mit dem Unternehmer in Konflikt, so wird er lieber wieder makellos in die Reihen der einfachen Arbeiter zurücktreten, als mit deren Verachtung und Haß beladen, die Rolle eines kapitalistischen Jagdhundes weiter spielen.

Die großen amerikanischen Streiks des vorigen Jahres.

Aus den Vereinigten Staaten, schreibt der „Sozialdemokrat“, ging uns dieser Tage ein sehr beachtenswerthes Schriftchen zu: „Zweijährige Botenschaft des Gouverneurs von Illinois John P. Altgeld an die 39. Legislatur. Vom 9. Januar 1895.“

Gouverneur Altgeld ist bekannt durch seine Freilassung der Chicagoer Anarchisten, mit größter Offenheit stellte er die harte gerichtliche Verurtheilung als das Werk parteilichster Justiz hin. Im Vorjahre gekifferte ihn die Presse der Großbourgeoisie an, weil er bei den Eisenbahnstreiks Kühn Kopf behielt und das Einschreiten des Bundesmilitärs sogar zurückwies, ohne Erfolg freilich, da die Sensationspresse ihren „Bürgerkrieg“ brauchte. Es mag etwas vom Geiste des Demagogen in dem hohen Selbstverwaltungsbeamten stecken; sicherlich sehr viel vom Kleinbürger, der das große Kapital haßt und darum oft auf der

Selbst der Arbeiter, noch öfter — wenn wir nicht irren — auf der Seite der Populisten (der Farmerpartei) zu finden ist. Doch das nur nebenbei.

Auch an der neuesten Adresse des Gouverneurs an den Landtag von Illinois ist der Freimuth beachtenswert, mit dem er die sogenannten Streikaufrührer bespricht. Es wird da ausgesprochen (die Uebersetzung ist wohl nicht offiziell und läßt in der Wahl der deutschen Ausdrücke manches zu wünschen übrig):

Der Eisenbahn-Streik.

Gegen Ende Juni, als sich das Land von den Wirkungen des Kohlenkräcker-Ausstandes wieder zu erholen begann, brach einer der ausgebreitetsten Bahnstreiks aus, die je in diesem Lande vorgekommen. Die Angestellten fast sämtlicher Bahnen im Mississippi-Thal stellten gleichzeitig die Arbeit ein, so daß der Verkehr auf nahezu allen großen Bahnen, von deren ununterbrochenem Betriebe die Wohlfahrt unseres Volkes abhängt, vollständig in's Stocken gerieth. Da Illinois der größte Eisenbahnstaat, und Chicago das größte Bahnenzentrum in der ganzen Union ist, so wurden die Wirkungen des Streiks hier stärker gefühlt, als irgendwo anders.

Die Bahnverwaltungen versuchten bald, die früheren Angestellten durch neue Leute zu ersetzen. Diese, die Ausständigen, enthielten sich, theils aus Achtung vor dem Gesetz, theils in der Einsicht, daß diese Gewaltthatigkeiten ihnen schließlich Schaden bringen könnten, jeder ungesetzlichen Handlung, ja sie riefen überall davon ab. Die Nationalkommission, welche diesen Ausstand untersuchte, hat festgestellt, daß sich nur ein sehr geringer Bruchtheil der Bahnangestellten Gesetzesverletzungen zu Schulden kommen ließ. Allein die Verhältnisse waren derartig, daß bald Massen von Nichtsthunern und die geflohenen Elemente, die immer in großen Städten vorhanden, in die Mitte traten und zu Eigentumszerstörungen schritten.

Ohne Verzug wurden allen Zivilbeamten, die darum nachsuchten, Waffen überlassen, und auf Ersuchen der betreffenden Sheriffs und Zivil-Belehrten Truppen nach beinahe jedem Bahnknotenpunkt im Staat, abgesehen von Chicago, beordert. Man hielt die Ordnung überall aufrecht und die Bahnen kamen überall wieder in Betrieb, wo es gelang, Zugmannschaft zu erlangen. . .

Wenn eine Bahn keine Leute zur Bemannung ihrer Züge erlangen konnte, war es dem Staate nicht möglich, zu helfen und bei verschiedenen Gelegenheiten, wo eine Bahn um militärischen Schutz für ihre Angestellten ersucht hatte und Truppen prompt abgesandt wurden, zeigte es sich, daß die Bahn keine Leute hatte, die den Zugsdienst thun wollten, und wir selbst mußten Soldaten ausfindig machen, die als Maschinisten und Bremser gebraucht werden konnten, um die Truppen zu transportieren.

In Chicago befanden sich beinahe alle großen Bahnhöfe draußen auf den Prairies vor der Stadt und einige der ausgedehntesten liegen mehrere Meilen von der Stadtgrenze entfernt. Der County-Sheriff ersuchte um Waffen und umgehend wurden sie ihm zugesandt. Er nahm eine große Menge Gehilfen in Dienst und der Mayor der Stadt vermehrte die Polizei beträchtlich; allein der Sheriff ersuchte nie um weitere Unterstützung und der Mayor hat nie vor dem 6. Juli um Hilfe. Der Streik schien nicht ernstlicher, als viele anderen in den vorhergehenden Jahren gewesen waren, wo die Lokalbehörden sich stets der Lage gewachsen gezeigt hatten.

Diese Thatsache in Verbindung mit dem unerwarteten Erscheinen von Bundesstruppen war ohne Zweifel der Grund, weshalb der demokratische Mayor sich nicht früher um Hilfe an den Staat

wandte, und weshalb der republikanische Sheriff nie um solche nachsuchte.

Schlieflich schritt der Mob (also nicht die Streikenden. D. N.) zu Ergüssen und zur Eigentumszerstörung, und da die Bahnhöfe weit zerstreut sind und so viele Quadratmeilen einnehmen, daß es selbst für eine große Armee schwer sein würde, dieselben derart zu beschützen, daß Brandstiftung durch heimlich eingeschlichene Verhinderer werde, so wurden viele Cars (Wagen) in Brand gesteckt. Während aber die Aufhebungen nicht ernstlicher waren, als diejenigen, welche vor mehreren Jahren in Buffalo, N. Y., stattgefunden und erst vergangenes Jahr an verschiedenen Punkten von Ohio, und nicht halb so blutig als mancher im Staat Pennsylvania vorgekommene Aufruhr, ließ sich's ein Theil der Presse angelegen sein, aus Sensationssucht und zu Parteizwecken und den Glauben zu erregen, die Stadt selbst sei in Gefahr und grenzenlose Eigentumszerstörung angerichtet worden.

Die Bundes-Arbeitskommission, welche (nach Beendigung. D. N.) diesen Ausstand untersuchte, hat Eisenbahnteile und alle Anderen, die die Verhältnisse kannten, als Zeugen vernommen und Folgendes berichtet: „Nachgewiesenermaßen haben die Eisenbahnen an zerstörtem Eigentum, an Befolgung der Hilfs-Bundesmarschälle und an den Nebenausgaben einen Verlust von wenigstens 685783 Dollars erlitten.“ Dieser Betrag schließt, wie man bemerken wird, die Zahlung der Hilfs-marschälle und sonstige Nebenausgaben ein. Demnach blieb der durch wirkliche Eigentumszerstörung angerichtete Schaden sehr weit unter dieser Summe. Das Chicagoer Feuer-Departement, welches amlich jeden Fall untersuchte, wo eine Car oder sonstiges Eigentum durch Feuer zerstört wurde, berichtet wie folgt:

Während der ersten drei Tage des Monats Juli wurde kein Versuch gemacht, Korporations-Eigentum zu beschädigen. Von da an befrug der durch Eigentumszerstörung verursachte Schaden folgende Summen:

Am 4. Juli	2150	Doll.
" 5. "	8435	"
" 6. "	338972	"
" 7. "	8700	"
" 8. "	575	"
" 9. "	1500	"
" 10. "	850	"
" 11. "	2100	"
" 12. "	565	"
" 13. "	115	"
" 14. "	2300	"

Total 355612 Doll.

Nachfolgende Untersuchungen haben ergeben, daß selbst diese Summe zu hoch war. Aus obigem Verzeichniß erseht man, daß fast der ganze Schaden am 6. Juli eintrat und dadurch veranlaßt wurde, daß in einem großen Bahnhof südlich von der Stadt Feuer ausgebrochen war, wo es an Wasser mangelte und deshalb die Löschmannschaft machtlos war. Es scheint, daß der meiste Feuerschaden erst am Abend entstand, nachdem die Unruhen des Tages an jenem Ort unterbrochen und die Polizei und Staatsstruppen dahingekommen waren, und daß wegen Wassermangels nur wenig zur Bekämpfung der Flammen gethan werden konnte. Eine Spritze legte über eine halbe Meile Schlauch aus und konnte auch dann die Cars noch nicht erreichen.

Ein Blick auf diese Thatsachen beweist, daß diese Berichte, welche über die wirklichen Zustände in Chicago ausgingen, bössartige Verleumdungen der Stadt waren. Sie haben einen sehr ungünstigen Eindruck im Osten und auswärts gemacht und unseren Bürgern großes Unrecht gethan. Theilweise war dies aus

Parteilich geschehen. In anderen Fällen haben Leute, die nichts oder nur wenig von den Verhältnissen wußten und unsere Einrichtungen wenig oder gar nicht verstanden, die Stadt und unsere öffentlichen Einrichtungen herunter gemacht, aus dem einzigen Grund, weil dies eine Zeit lang populär schien, und weil man sich dadurch das beifällige Lächeln einer Klasse gewinnen konnte. . .

Welche Verzögerungen und Störungen auch an anderen Orten stattgefunden haben mögen, sicher ist es, daß im Chicagoer Postdienst nichts vorgefallen, was das Einschreiten der Bundesregierung erforderte. Thatsächlich haben es sich die Streiker zur Aufgabe gemacht, Postzüge nicht zu belästigen, sondern nur die Pullman'schen Schlafwagen fern zu halten, und in vielen Fällen außerhalb Chicagos geschah es nur deshalb, daß Postzüge zurückgehalten wurden, weil die Ausständigen einen Schlafwagen Pullman's befehligen hatten und die Bahnebeamten sich nummehr direkt weigerten, einen Zug abgehen zu lassen, ohne daß der Pullman'sche Schlafwagen wieder mitging.

Die Thatsache, daß . . . (seitens des Bundes. D. N.) sämtliche Staatsbehörden ignoriert und ganz neue und revolutionäre Wege eingeschlagen wurden, berechtigt deshalb zu dem Schluß, daß man ein ganz anderes und entfernteres Ziel verfolgte. Der Spezialanwalt der Regierung leitete, wie es scheint, die Sache für die Eisenbahnen; Hilfe von Staat wurde nicht gebraucht, sondern alle Anstrengungen waren darauf gerichtet und alle möglichen Schritte darauf berechnet, einen neuen Präzedenzfall zu schaffen, welcher in der Zukunft nützlich werden konnte und dem Zweck diente, daß die Bundesregierung einschreiten und die Korporationen (Aktiengesellschaften) des Landes unter ihren direkten Schutz nehmen darf, so daß — seien die Lokalbehörden in irgendwelchem Fall vollkommen im Stand, dem Gesetz Geltung zu verschaffen oder nicht — die Korporationen dieselben künftighin umgehen, direkt mit der Bundesregierung in Verbindung treten und die Bundesstruppen zur beliebigen Verfügung haben können.

Da nun, nach den vorher angeführten Angaben der Bahnverwaltungen, selbst an den schlimmsten Streiktagen keine ernstliche Verzögerung der anliegenden oder abgehenden Postzüge stattfand, und da ein Spezialanwalt der Bundesregierung einen Tag nach der telegraphischen Meldung des Bahnpost-Superintendenten, daß im Empfang und in der Absendung der Post thatsächlich keine Verzögerung eingetreten sei, ernannt wurde, da die Bundesstruppen drei Tage vor ernstlichen Aufhebungen an Ort und Stelle gekommen waren und zu einer Zeit, da die Lokalbehörden sich noch absolut der Lage gewachsen glaubten — so liegt es auf der Hand, daß die Bundesregierung einen anderen Vorwand für ihr Vorgehen hatte, als den bloßen Schutz der Post oder die Unterdrückung von Aufruhr. Dieser Vorwand war die Ausführung bundesgerichtlicher Dekrete. Obgleich der Bundesmarschall in Chicago 4402 Gehilfen eingeschworen hatte, größtentheils auf Wunsch der Bahnverwaltungen, genügte dies immer noch nicht dem Zweck, den man offenbar im Auge hatte, nämlich einen Präzedenzfall zu schaffen. Bundesstruppen mußten unter jeder Bedingung gebraucht werden. Man hatte bereits darum gebeten, und der Spezialanwalt der Bundesregierung, welcher nicht nur diese, sondern auch die Eisenbahnen vertrat, hatte noch besonders am 3. Juli darum ersucht. Die Verfügungen der Bundesgerichte, welchen die Truppen Geltung verschaffen sollten, waren dabei keine eigentlichen Gerichtsdekrete — es ist nicht erwiesen, daß der Ausführung solcher, soweit sie unter der Verfassung und den Gesetzen des Landes

erlassen wurden, irgend ein ernstlicher Widerstand geleistet wurde — sondern diese Verfügungen waren einfache Haftbefehle, die von Bundesrichtern erlassen waren gegen Leute, die nicht eines Verbrechens oder einer eigentlichen Gesetzesübertretung, sondern nur der Mißachtung des Gerichts beschuldigt wurden.

Während der vergangenen zwei oder drei Jahre hat die Gewaltanmaßung der Bundesgerichte, welche sich schon seit längerer Zeit stetig vollzogen hatte, eine Gestalt angenommen, welche die Grundlagen republikanischer Regierung zu zerstören droht. Die Bundesverfassung theilt die Regierungsgewalten in legislative, gerichtliche und exekutive und sieht vor, daß in keiner Person zwei dieser Gewalten vereinigt werden dürfen.

Während der letzten zwei Jahre hat jedoch das Volk dieses Landes wiederholt eine neue Regierungsform in Anwendung gesehen, eine Form, wovon man noch nie zuvor in einer Monarchie oder Republik gehört hatte, nämlich eine Regierung durch Inhaltsbefehl oder Injunktion, bei welcher ein Bundesrichter, nicht zufrieden mit der Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten, die vor ihn gelangen, nicht zufrieden mit der Ausübung richterlicher Thätigkeit, selbst Gesetze erläßt und diese dann ausführt. Er erläßt einen Akt unter dem Namen Inhaltsbefehl, in welchem er verbietet, was ihm beliebt und was von Gesetze selbst nicht verboten ist, und schafft somit in eigener Machtvollkommenheit Gesetze und erklärt Dinge für strafbar, welche nach dem Recht nicht strafbar sind, setzt auf Handlungen, die nach dem Gesetz nur mit Geldstrafe belegt sind, Freiheitsstrafen und beraubt die Beschuldigten des Rechtes auf schwurgerichtliche Verhandlung, während das Gesetz ein solches Recht gewährt. Darauf stützt er seinen Akt in summarischer und willkürlicher Weise durch Freiheitsstrafen aus und wirft Bürger in's Gefängniß, nicht weil sie ein Gesetz übertreten, sondern sich einer Mißachtung des Gerichts durch Nichtbefolgung eines solchen Inhaltsbefehles schuldig gemacht haben. In den letzten paar Jahren haben einige dieser Richter sogar Eisenbahnangestellten verboten, ihren Dienst aufzugeben.

Während des Kohlen- und Bahnstreiks im vergangenen Sommer hat der Bundesmarschall im Distrikt von Süd-Illinois über 300 Gehilfen in Dienst genommen, hauptsächlich um Inhaltsbefehle solcher Art, die vom Bundesgericht ausgingen und an den Marschall zur Ausführung gerichtet waren, zur Geltung zu bringen. Etwa 191 Leute wurden in Cairo und an anderen Orten des Staates von Beamten verhaftet und aus einer Entfernung von 100—200 Meilen nach Springfield geschleppt und eingesperrt. Alle waren der Mißachtung des Gerichtes beschuldigt und wurden zur Aburtheilung nicht vor eine Jury gestellt, sondern einfach vor den Richter, dessen Würde sie verletzt haben sollten. Es wurden 121 verurtheilt und zum größten Theil auf 30—90 Tage in's Gefängniß geschickt. Manche mußten nach verhandelter Sache freigelassen werden, weil es sich herausstellte, daß sie nicht einmal einen Inhaltsbefehl übertreten, geschweige denn ein Verbrechen begangen hatten, und nahezu Alle waren nach ihrer Freilassung auf die Straße gesetzt, ohne Geld und ohne Freunde, 100—200 Meilen von ihrer Heimath entfernt. In manchen Fällen gab ihnen der Bundesmarschall, von einem Gefühl von Menschlichkeit getrieben, etwas zu essen und sorgte für ihre Heimreise. Aber die Vertreter der Korporationen, welche für die Sache verantwortlich waren, schienen dieses Verfahren als eine gute und warnende Lehre für die Leute zu betrachten.

George Lovejoy, ein Trainmaster zu

Safalle, war Mitglied der A. N. U. (der Amerikanischen Eisenbahnarbeiter-Gewerkschaft). Als der Streik begann, stellte er einfach die Arbeit ein; mehr that er nicht. Es wurde ein Verhaftsbefehl gegen ihn erwirkt. Er wurde unter Begleitung von Beamten 100 Meilen weit nach Chicago gebracht und blieb zwei Tage in Gefangenschaft, worauf er Bürgschaft erlangte. Als sein Fall zur Verhandlung kommen sollte, wurde derselbe einfach mit der Erklärung eingestellt, daß man die Anklage nicht weiter verfolgen wolle.

Hätte die Rechtsverwaltung in unparteiischen Händen gelegen und kein anderes Ziel, als einfach die Ausführung des Gesetzes und Schutz des Eigenthums verfolgt worden, so würden sicherlich Mißbräuche dieser Art nicht vorgekommen sein. Die Bundesregierung war in vollständigem Besitz der Gerichtsgewalt in Chicago und diese war für alle Erfordernisse ausreißend gefunden worden. Sie hatte sich in der Vergangenheit nie in solche Dinge gemischt. Daß sie diesmal einschritt, war eine auffallende Erscheinung und noch auffallender war es, daß sie frühzeitig eingriff, und das Auffallendste in der ganzen Geschichte war: die Wahl ihres Vertreters.

Es waren zu jener Zeit Tausende von tüchtigen Advokaten in Chicago, und solche, die keine besondern Interessen zu wahren hatten und man brauchte sie nicht. Die Bundesverwaltung gab sich für demokratisch aus und es gab Hunderte von Demokraten, die irgend ein Bundesamt zu führen befähigt waren — ihnen wollte man kein Vertrauen schenken. Es wurde ein Mann auserkoren, der nicht nur der Gegenpartei angehörte, sondern einer der hervorragendsten Korporations-Anwälte des Landes, zur Zeit der gedungenen Advokat einer am Streik beteiligten Eisenbahn und zu gleicher Zeit persönlich an dem Kampf gegen die Unständigen beteiligt war und deshalb ein Interesse an dem Ausgang hatte. Und trotzdem wurde dieser Mann mit allen Gewalten der Bundesregierung ausgestattet und konnte für sich und seine Klienten, kostenfrei, die Dienste von mehr als 4000 Bundesmarshällen benutzen, einer speziell ausgewählten Bundes-Grand-Jury, mehrerer Bundes- und des Bundesheeres. Nie zuvor waren Bundesregierung und Korporationen (Aktiengesellschaften) so vollständig mit einander verknüpft, indem die Gewalten der einen den anderen zur Verfügung standen; nie zuvor war die Götin der Gerechtigkeit so zur Handmagd für eine Partei herabgewürdigt worden. Fürwahr, wenn es sich nicht um ein besonderes Ziel gehandelt und wenn man nichts weiter gewollt hätte, als die Ordnung aufrecht zu erhalten und das Gesetz auszuführen, dann mußte der gewöhnliche Zustand rathen, die Maschinerie der Justiz in unparteiischen Händen zu lassen!

Die Verwendung von Bundesstruppen in Chicago unter Verhältnissen, wie sie vergangenen Sommer dort bestanden, bildet eine Frage von außergewöhnlicher Wichtigkeit und sollte die ernstlichste Erwägung jedes Patrioten und jedes Bürgers erhalten, der an freiesittliche Einrichtungen glaubt. Wie bereits dargezogen, wurden sie dorthin gebracht, ohne irgend eine Aufforderung an die Ortsbehörden, den Befehlen Gehör zu verschaffen, ohne Rücksicht auf die Frage, ob Hilfe nöthig war, und zu einer Zeit, da die Lokalbehörden sich im Stande fühlten, die Lage vollständig zu beherrschen. Während die Zeitangaben und thätlichen Verhältnisse beweisen, daß es in diesem Falle zu dem Zwecke geschah, um ein Beispiel zu schaffen für den direkten Schutz der Korporationen durch die Bundesregierung, ist das darin enthaltene Prinzip von viel größerer Tragweite und gefährlicher als diese Verletzung der

Bundesverfassung allein; denn es zielt auf die Geltendmachung einer Gewalt ab, die mit republikanischen Einrichtungen unvereinbar ist. —

Die „Post“ des Herrn Stumm schreibt feinerzeit, weil es ihr gerade in den Kram paßt: Die Unruhen und Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten seien das Werk der amerikanischen Silberminenbesitzer gewesen. Herr Stumm wirb auf die Anschauungen seines Organs kann einen Werth legen, und er thut recht so. Aber ein Gouverneur ist doch ein Gouverneur, auch wenn er aus ganz eigenartigem Holze geschnitten ist; in Deutschland würde er mindestens den Titel Excellenz führen und bei Hofe über dem Herrn Oberpräsidenten von Preußen sitzen. Und ein solcher Mann kann sich so weit vergessen, die Götin der Gerechtigkeit zur Dienstmagd herabgewürdigt und von dem „gedungenen Advokaten“ einer beteiligten Aktiengesellschaft vergewaltigt zu finden! Ein solcher Mann gerührt mit freier Hand das schöne Kinnengebe, in dem auch Herr Stumm in seiner berühmten Ansturzrede herumzappelte!

Wäre Herr Stumm ein prominenter Bürger in den Vereinigten Staaten, er müßte sofort ein Gesetz verlangen: Gouverneuren wird das Recht, Landtagsbeschlüssen und sonstige Erlasse zu publizieren, bei Strafe des Amtsverlustes entzogen.

Die Gewerkschaftsführer und die Regierung in England.

In unserem trübsinnig-rückständigen Deutschland glaubt man sich mit den Koalitionen der Arbeiter noch immer dadurch abfinden zu können, daß man sie seitens der Unternehmer verwehrt und seitens der Behörden nach Möglichkeit verfolgt. Das war in einem ökonomisch höher entwickelten Land wie Großbritannien früher auch so; aber mit der Zeit hat man sich dort in das Unvermeidliche fügen müssen, die Gewerkschaften sind zu einer mit anderen Koalitionen als gleichberechtigt anerkannten Macht herangewachsen; vor den Enquetekommissionen, vor den Ausführungsbehörden der Fabrikbestimmungen mißt man die Meinungen und Forderungen der Arbeiterorganisationen und Arbeiterführer mit ganz demselben Maßstabe wie die der Fabrikpächter und der Grubenlords. Herr Stumm würde in England alle Tage vor Kerger Kraut werden; er würde von dort nach Deutschland auswandern, auch wenn es so bliebe, wie es ist.

Besonders im Verkehr des Labour Departments (des arbeitsstatistischen Amtes, einer Abtheilung des englischen Handelsministeriums) zeigte sich die höhere Entwicklungsstufe Englands. Dr. Beuno Karpeles gibt darüber eben im Wiener „Handelsmuseum“ eine Reihe beachtenswerther Mittheilungen, aus denen wir einiges hervorheben.

Die Gewerkschaften werden von dem Arbeitsamt regelmäßig (bei Streiks, zur Feststellung der Beschäftigungslosen, der Lohnhöhen) um Auskunft angegangen. Die Antworten sind oft genug nicht weiter kontrollirbar, aber Niemand zweifelt an der vollsten Glaubwürdigkeit der betreffenden Aeußerungen und Tabellen. „Und so spielt sich der ganze Verkehr des Labour Department mit den Unternehmern und Arbeitern in den Formen des größten gegenseitigen Vertrauens ab.“

Diese Erscheinung — führt Dr. Karpeles dann ganz richtig aus — erklärt sich aus der ganzen sozialpolitischen Geschichte Englands. In langen Kämpfen haben Unternehmer und Arbeiter ihre gegenseitige Stärke kennen gelernt. Sie wissen, wie beträchtlich die Opfer sind, welche ein großer Lohnstreik erfordert; deshalb wird heute kein Streik und kein Lock-out mehr unternommen, ohne die

genaueste Kenntniss aller Verhältnisse des Arbeitsmarktes, ohne Verleumdung der Konjunktoren, ohne erschöpfende Information über die Lage des Industriezweiges im In- und Auslande. Eben diese Daten liefert das Labour Department in seinen monatlichen Veröffentlichungen den beiden Parteien, aber ebenso dem großen Publikum, dessen Urtheil über die Berechtigung eines Streiks oft genug über dessen Erfolg entscheidet. „Arbeits-einstellungen, die seltens und unangerechtfertigt unternommen werden, sind heute in England geradezu unmöglich. Kann aber ein Streik nicht vermieden werden, dann ist es wieder das Labour Department, welches durch seine genaue Kenntniss aller Verhältnisse befähigt ist, vermittelnd einzugreifen, indirekt durch die unparteiische Darstellung des Streikfalles in der „Labour Gazette“ (der Monatschrift des Arbeitsamtes), unmittelbar durch Theilnahme eines Vertreters an den Ausgleichsverhandlungen. So hat in jüngster Zeit Hewell Smith, der Leiter des Labour Department, als Sekretär der Konferenz fungirt, in welcher der große Lock-out in der Schuhwaaren-Industrie beigelegt wurde. Solche Erfolge sind freilich nur möglich, weil das Labour Department den Gelehrnissen nicht nachhinkt, nicht dann erst beunruhigt ist, Einblick in die Verhältnisse zu erlangen, wenn der Kampf seinen Höhepunkt erreicht hat, sondern weil es den sozialen Organismus in den Zeiten seiner normalen Funktion, nicht erst am Krankenbette und am Secirische studirt.“

Die Leitung des Labour Department ist Männern anvertraut, welche die Arbeiterbewegung kennen, zum Theile selbst aus der arbeitenden Klasse hervorgegangen sind. Der Chef-Labour-Korrespondent, John Burnett, war vor seiner Ernennung Sekretär des Gewerkschaftsvereins der Maschinenbauer, der zweite Labour-Korrespondent, G. J. Drummond, Sekretär des Gewerkschaftsvereins der Schriftsetzer. „Sie sind ernannt worden nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer Zugehörigkeit und ihrer hervorragenden Stellung in ihren Trade Unions, und es wird manchen Lesern vielleicht unglaublich klingen, daß diese beiden Beamten, deren gegenwärtiger amtlicher Rang etwa dem eines österreichischen Hof-, resp. Sektionsrathes entspricht, auch heute noch aktive, zahlende Mitglieder der Gewerkschaften sind, die sie früher geleitet und in manchen Lohnkämpfen erfolgreich geführt haben.“ Der dritte Labour-Korrespondent, J. J. Dent, hat an der Genossenschaftsbewegung thätigen Antheil genommen. Fast alle der 30 Lokal-Korrespondenten, die allerdings nicht ständige Beamte sind, fungiren gleichzeitig als Beamte ihrer Trade Unions. „Es ist ein hoher Ehrentitel für diese Männer, daß sie die wisse Politik des Board of Trade (Handelsamtes) durchaus gerechtfertigt haben, aber auch ein ehrenvolles Zeugniß für die Unbefangtheit und den Ernst der Regierung, welche bei der Wahl ihrer Beamten nur durch die Rücksicht auf erprobte Fähigkeit sich leiten ließ.“

Von welchem Vorthelle — meint Dr. Karpeles — die Wirksamkeit für das Amt selbst sein muß, liegt auf der Hand. Die ehemaligen Arbeiter-Sekretäre wenden sich niemals vergeblich um Auskünfte an ihre früheren Kollegen; ihnen werden Daten mitgetheilt, die zu erlangen für jeden anderen schwierig oder selbst unmöglich wäre; sie kennen die Verhältnisse der Arbeit nicht aus verstaubten Akten und Büchern, aber sie haben ein lebendiges Verständniß für die Psychologie der Arbeiterbewegung und sie besitzen die Kunst — denn eine Kunst ist es — zu fragen und die Antwort zu würdigen. Auf der anderen Seite wird das Vertrauen der ganzen Arbeiterklasse gewonnen und die Achtung der Unternehmer vor ihr noth-

wendig gesteigert, wenn sie sehen, daß ein ehemaliger Arbeiter den Platz eines Chef-Labour-Korrespondent mit solcher Fähigkeit ausfüllt wie John Burnett. Hier hat England ein Beispiel gesetzt, das Nachahmung wirklich verdient.“

„Lasset der Gaben arbeitslos uns freuen!“

Es sind 2000 Jahre her, als die erste arbeitsersparende Maschine verfertigt, als zuerst die Naturkräfte in den Dienst der Menschen gestellt wurden. Die Erfindung der Wassermühle bezeichnet den Anfang der mechanischen Arbeit.

Damals sang ein griechischer Dichter: Schonet der wahlenden Hand, o Mütterinnen, und schlafet sanft! Es verstände der Dahn euch den Däo hat die Arbeit der Mädchen den Nymphen befohlen, Und legt hüpfen sie leicht über die Wäder dahin, Daß die erschütterten Wäsen mit ihren Speisgen sich wägen. Und im Kreise die Last drehen des wälzenden Steins. Laßt uns leben das Leben der Wäer und laßt uns der Gaben arbeitslos uns freuen, welche die Götin uns schenkt!

Den Nymphen des Alterthums haben die Personifikationen des Windes, des Dampfes, der Elektrizität sich zugesellt. Die wälzenden Wäder erschütterten mit ihrem Geräusch die Welt. Der Menschen-gestalt hat alle Kräfte der Natur in seinem Dienst gepreßt. Keine Thätigkeit der Hand, die nicht auf mechanischem Wege zu ersetzen wäre, die nicht der Maschine übertragen werden könnte.

In welchem Maße dies geschieht, zeigt uns eine neue Erfindung auf dem Gebiet des Buchdrucks, in welchem bisher — soweit das Segen in Betracht kommt — die Maschinen noch so gut wie gar keinen Einfluß hatten, und dabei ist die Idee verblüffend einfach. Die praktische Brauchbarkeit muß allerdings wohl erst noch abgewartet werden.

Das Segen spielt sich bei der neuen Maschine in folgender Weise ab: Ein Maschinenschreiber kopirt mit einer gewöhnlichen Schreibmaschine den ganzen Text der zu druckenden Zeitung. Arbeiteten die Redakteure und Mitarbeiter gleich mit der Schreibmaschine, so wird der Maschinenschreiber überhaupt erspart. Der Abdruck, der den Charakter gewöhnlicher Maschinenschrift besitzt, dient später als Korrekturbogen. Die Schreibmaschine hat aber noch eine besondere Einrichtung. An ihrer Hinterseite wird ein schwacher Streifen Papier, ähnlich wie bei den Telegraphenapparaten, durch einen Mechanismus hindurchgezogen, der zugleich mit dem Niederdruck einer Taste, die den Buchstaben des Manuskripts schreibt, eine Kombination von längeren und kürzeren Strichen dem Papierstreifen etuberleibt. Jeder Buchstabe des Alphabetes ist natürlich durch eine besondere Strichkombination gekennzeichnet, und bei jedem neuen Tastendruck rückt der Streifen um einen Schritt vor. Der Papierstreifen besteht aus gewöhnlichem Silberpapier und die Zeichen auf ihm werden dadurch sichtbar gemacht, daß an bestimmten Stellen die Silberschicht weggedrückt wird. Das geschieht so einfach und so rasch, wie das Aufzeichnen von Strichkombinationen mit Farbe bei dem Morse-Telegraphen. Durch das Wegdrücken der Silberschicht wird der Papierstreifen an dieser Stelle für den elektrischen Strom nicht leitend, und damit ist die Unterlage zur telegraphischen Vervielfältigung der Schriftzüge des Streifens gewonnen, denn die Strichkombinationen sind ja nichts anderes als Schriftzüge besonderer Art.

Dieser Streifen wird nun in den Telegraphenapparat eingeführt, dessen wesentlicher Bestandteil eine Kombination von Kontaktfedern ist, die den Strom

unterbrechen, wenn sie auf einen wegge-
drückten Strich kommen. Die Reproduktion
solcher Zeichen auf beliebige Entfernung
hin bietet heute nicht die geringste
Schwierigkeit mehr, sie wird in modifi-
zierter Form besonders in England und
Amerika bereits vielfach zur automatischen
Telegraphie benutzt, wenn es sich um das
Abheben derselben Depesche nach ver-
schiedenem Orten handelt. Der metallische
Streifen wird fehlerlos telegraphisch nach
jeder beliebigen Stadt übermittelt, wobei
die Leistungsfähigkeit des Apparates an
einem Drahte ca. 500 Druckzellen in
der Stunde beträgt. (Der Maschinens-
chreiber leistet ca. 200 bis 300 Zellen,
so daß der automatische Telegraph die
Leistung von zwei Schreibern zu be-
wältigen vermag.)

Die mit Zeichen versehenen Streifen
dienen gleichzeitig aber auch zur Be-
schreibung des elektrischen Typographen;
jede Strichkombination ist das Spiel
elektrischer Kontakte aus, die so ange-
ordnet werden, daß jeder Kombination
die Bewegung einer bestimmten Stahl-
leiter entspricht. Die Maschine besitzt so
viel Stahllettern als Strichkombinationen
besteht, also so viel Lettern als
die ursprüngliche Schreibmaschine. Jede
Letzte wird sofort in eine Pappmatrize
eingedrückt. Da die Maschine gleichzeitig
das Weiterziehen der Matrizenpappe
besorgt, so wird der ganze Satz gleich-
zeitig in verschiedenen Städten in die
Pappe eingedrückt und kann sofort durch
Stereotypie vervielfältigt werden. Mit
diesen gleichartigen Stereotypplatten kann
dann in verschiedenen Städten dieselbe
Zeitung gleichzeitig gedruckt werden.

Die Schwierigkeit des Spatirens und
Ausschließens der Zelle, die für die ge-
wöhnlichen Setzmaschinen fast unüber-
windlich sind, fallen hier ganz weg, da
diese Arbeiten gleich beim Korrekturlesen
mitsorgfältig werden. Als Korrekturabzug
dient hier das Originalmanuskript der
Schreibmaschine bzw. der Original-
Silberstreifen. Fehler werden einfach
durch Ausreißen aus dem Silberstreifen
und Einsetzen korrekter Zeichen ausge-
merzt und ebenso wird durch Verändern
der Zwischenräume zwischen den einzelnen
Zeichen auf dem Silberpapier das Spati-
ren und Ausschließen besorgt. Ist der
Originalstreifen aber erst einmal korrekt,
so sind es auch alle Kopien in den
Zustaten, alle Matrizen, und alle not-
wendigen Handarbeiten vollziehen sich mit
gewöhnlicher Leichtigkeit, während bei den
bisherigen Typensetzmäschinen, wenigstens
bei denen, die Matrizen lieferten, Korrek-
turen äußerst schwierig sind.

Die Vorteile dieser Maschine sind so
augenfällig, daß wir sie nur kurz zu
berühren brauchen. Die Korrekturen
werden gelesen, noch ehe ein Buchstabe
gedruckt ist, das Setzen ist einzig auf die
Herstellung des Original-Silberstreifens
beschränkt, mittels desselben besorgt die
Maschine in verschiedenen Orten gleich-
zeitig das gußfertige Herstellen der Ma-
trizen für die einzelnen Spalten. Man
kann hiermit den Erfindern wohl glauben
schenken, daß gegenüber dem Handsetzen
eine Ersparnis von 86 Prozent in der
lokalen Arbeit erzielt wird, ganz abge-
sehen von der völligen Ersparnis an
Setzern in den Filialstädten, die durch
die Ausgabe von Zentralzeitungen gleich-
zeitig in verschiedenen Orten erzielt wird.

Da das Wegfallen der Postspesen zum
Theil bereits das Drahtabonnement
kompensiert, so würde, wenn sich die
Maschine bewährt, für eine Anzahl von
Lokalblättern wohl bald die Sterbestunde
geschlagen haben.

Dabei ist die ganze Maschine und
ihre Handhabung äußerst billig. Die
Telegraphenapparate sind kleine billige
Maschinen, die von einem einzigen
Mechaniker überwacht werden können;
während die Setzmaschinen z. B. 70,000
bis 100,000 Mk. kosten, soll sich der

elektrische Typograph auf nicht mehr als
8400 Mk. stellen. Eine Maschine kann
zugleich zwei Spalten à 60 Zeilen per
Stunde in gußfertigen Matrizen liefern.
Fünf Maschinen liefern also bei zehn-
stündiger Arbeitszeit ca. 6000 Zeilen,
also ungefähr so viel, wie eine „Vor-
wärt“ Nummer mit zwei Beilagen.

Bewährt sich die Maschine in der
Praxis — die Erfinder arbeiten mit ihr
in Prag — so ist das der Anfang vom
Ende des Setzberufes, dann hat auch
auf dem letzten großen Gebiete, wo die
Handarbeit bisher fast keine Rivalen hatte,
die Maschine gesiegt. — Aber gleich-
zeitig ist damit eine so fürchterliche Ueber-
spaltung des Kapitalismus verbunden,
daß sie uns einen tiefen Schritt dem
Sozialismus näher führt.

Mechanische Kraft verdrängt heute be-
nahe alle Funktionen, die sonst der mensch-
lichen Hand zu verrichten oblag.

Trotzdem aber hat sich die Prophe-
zelung des Dichters immer noch nicht
erfüllt. Noch immer ist die Zeit nicht
gekommen, wo die Menschheit sich der
Gaben der Natur arbeitslos erfreuen
kann.

Im Gegentheil. Was dem Weissen
Griechenlands als ein Segen erschien,
ist der Masse der Menschen zum Fluch
geworden. Die Maschine hat den Ar-
beiter getrennt, hat ihn an den Besitzer
der Maschine gefesselt, wie der Sklave
des Alterthums an seinen Besitzer ge-
fesselt war.

Die Form der Sklaverei hat ge-
wechselt, die Sklaverei selbst ist geblieben.
Sie wird erst fallen, wenn die
mechanischen Kräfte der Natur nicht mehr
den Sonderinteressen einer Klasse dienen,
sondern wenn sie zum Gemeingut Aller
geworden sind.

Dann erst kommt der Tag, den der
Dichter schon vor 2000 Jahren prophe-
tisch kündet. Der Tag, an welchem
das Wort Wahrheit wird: Laßt uns
der Gaben arbeitslos uns freuen, welche
die Natur uns schenkt.

Eine Utopie, oder wie es gemacht wird.

Den „Kunsthandwerkern“ und „Kunstge-
werbegehilfen“ wollen ein Herr Großmann
in Stuttgart, der sich Chefredakteur eines
Blattes nennt, das noch gar nicht existiert,
und der kommerzielle Leiter eines Unter-
nehmens, das in der Luft schwebt, Namens
W. Müller, beihilflich sein, daß sie ihre Inter-
essen wahrnehmen können.

In einem langen Flugblatt faßbarn die
obigen Herren von einer Einrichtung, die
aus dem Briefwechsel eines Kunstgewerbe-
gehilfen an die Redaktion (?) ersichtlich sein
soll und durch welche ohne jede „Rebenab-
sicht“ und auf „ehrliche Weise“ erreicht
werden soll, daß ihre Stellung (nämlich die
der Kunstgewerbegehilfen, nicht die der obigen
Herren) in „idealer“ und „sozialer“ Hinsicht
gehoben wird — daß durch nach und nach
entstehende Kranken-, Nothstands-, Begräbnis-
und Wittwenunterstützung, sowie durch
später entstehende Pensionsberechtigung den
Mitgliedern der Vereinigung und deren An-
gehörigen eine „kräftige“ und „treue Stütze“
geschaffen wird. Durch Preisunterstützung
im großen Stil, Studienstipendien und
Schaffung staatlicher Wohlfahrtsanstaltungen
soll die Vereinigung der Kunstgewerbegehilfen
und der Kunsthandwerker eine „kräftige“ und
anerkannte Säule des deutschen Kunstge-
werbes“ werden. Die Flugblattverfasser
sehen voraus, daß jeder Kunstgewerbegehilfe
in vorerster Reihe des Kunsthandwerkes er-
gebener Diener und würdiger Repräsentant
werden solle.

Hierauf ein Appell an die Ständeschre-
ber der Kunstgewerbegehilfen, die nicht als Hand-
werker im gewöhnlichen Sinne angesehen und
behandelt werden dürfen, wie es leider
immer geschieht; hierin, meinen die klugen
Herren, solle der Sinn des Kunsthandwerkes
liegen. Jeder Kunstgewerbegehilfe sei eine
Hauptstütze seines Prinzipals und deshalb
müsse er auch Verdienste und Rechte, die
ihm schon von Natur zuständen, auch voll
und ganz beanspruchen. Das ist vollkommen
richtig und trifft nicht nur für die so ge-
nannten Kunstgewerbegehilfen, sondern für
alle Arbeiter zu. „Aber — es wäre sehr
falsch“, sagt der Herr Chefredakteur und sein
kommerzieller Leiter, die „Vereinigung als
Oppositionskorpus gegen die Prinzipale
aufzufassen und damit dem zu erscheinenden

Verbandsorgan „Der Kunstgewerbehilfe“ den
Stempel eines „Leg- und Parteiblattes“ auf-
drücken.“ Bewahrt! — Rein, in ruhiger,
klarer und sachlicher Weise sollen die Ver-
sammlungsinteressen des Kunstgewerblichen Standes
in dem Organ der Vereinigung besprochen
und festgelegt werden und auch den Fach-
blättern in vielfacher Hinsicht der Weg ge-
eignet und Unterstüßung, wenn nötig und
gewünscht, gewährt werden. Statt Gehässig-
keit und Unfriede zwischen Prinzipalen und
Untergebenen zu säen, soll vielmehr die Ver-
einigung deutscher Kunstgewerbegehilfen und
Kunsthandwerker aller Branchen ein gutes
Verhältnis und besseres Einverständnis als
bisher und vor Allem gegenseitige Hoch-
achtung zu erwecken suchen. Daß solche
Verhältnisse bei Bestehen einer starken Ver-
einigung eintreten werden, dafür bürgt
die Redaktion, welche sowohl die Ver-
hältnisse und Bedürfnisse der Kunstgewerbe-
gehilfen und Kunsthandwerker, als auch die
Meinungen und Eigenschaften der Prinzipale
aufs Genäueste kennt. Die Haupt-
sache der Vereinigung wird aber stets die
Ausbildung einer tüchtigen, starken und
sichergestellten Mittelklasse bleiben.“

Natürlich, dafür bürgt die Redaktion.
Wahrlich, es wäre Unrecht, wenn die Ge-
hilfen „gleichgültig oder mißtrauisch an der
hilfreichen Hand vorübergingen, welche so
freundlich, treu und ehrlich geboten wird,
und welche für Euer Wohl (nämlich das der
Gehilfen, nicht der Flugblattschreiber) keine
Opfer scheut.“

Die Kleinmüthigen, die es nicht glauben
wollen, daß die Redaktion (?) das Beste will,
können Vieles aus der Besage ersehen, was
sie veranlassen würde, beizutreten.

Immer herein, meine Herrschaften, auch
wenn Ihr schon einem Verbanne angehört,
macht nichts, Euer Geld ist auch kein Blech,
für „verschwindend kleine Opfer bieten wir
großartige Vorteile“, das könnt Ihr aus
der Kopie eines Auszuges aus dem Brief-
wechsel eines Eurer Herrn Kollegen mit der
Redaktion (?) ersehen. Also herein, Ihr
Kunstgewerbegehilfen und Kunsthandwerker,
die stets für Euch eintretende Redaktion wird
schon dafür sorgen, daß Euer — Interesse
gewahrt wird und der kommerzielle Leiter —
auch, dafür bürgt Euch die Redaktion und
der Statutenentwurf.

Nur Muth, Ihr deutschen Kunstgewerbe-
gehilfen, und nicht zu wenig Geld, das ist
die Hauptsache, nämlich das Geld.

Werfen wir nun mal einen neugierigen
Blick in die Kopie des ungenannten
Briefschreibers mit der Redaktion. (?) Da
finden wir zunächst im Anfange folgenden
Satz: „Wir deutschen Kunstgewerbegehilfen
und Kunsthandwerker können zu großem
Dank verpflichtet sein, daß sich Männer ge-
funden haben, welche die große Arbeit, die
Mühe und das Opfer auf sich nehmen, mit
ihren Mitteln den Weg zu bahnen, um
uns Kunstgewerbegehilfen und Kunst-
handwerkern eine Situation zu schaffen,
welche unserem Stand und unserer Be-
deutung entspricht.“ Hierauf folgt ein Appell
in dem der Briefschreiber es für unerbillich
hält, wenn die Kollegen nicht auf den
Beim gehen — Gordon — einem solchen
Unternehmen nicht das ihm gebührende
Interesse entgegenbringen, und wenn das-
selbe nicht nach Kräften Unterstützung
fände. Wahrhaftig, das wäre unerhört,
dann „solche geeignete Gelegenheit“ — sein
Geld los zu werden — o nein — „zur
Selbsthilfe dürfte sich wohl nie mehr bieten.“
Das glauben wir auch, es sei denn, daß die
Damen nie alle werden. Wir begreifen
auch den Schmerz des Briefschreibers, wenn
es Kollegen geben sollte, die „solche Gefühle
nicht verstehen und mitfühlen könnten“, d. h.
nicht darüber, daß sie nicht so leichtfertig
hineinfallen wollen, sondern darüber, daß
sie ev. nicht einsehen wollen, daß es Recht
und Pflicht ist, für ihren Stand einzutreten
„und daß unser Stand“, — nicht der
des Briefschreibers und der Redaktion, —
sondern der Kunstgewerbegehilfen — „nur
dann mehr blühen, gedeihen und Gedeignes
leisten kann, wenn seine Mitglieder sich stark,
frei, und dadurch gehoben fühlen; wenn jeder
Einzelne unter den Fittichen einer starken
Vereinigung, die stets für ihn eintritt, sich
geborgen fühlen kann.“

Nur Muth, hochverehrte Kollegen, über-
laßt das Weiter nur mir und der wohl-
wollenden Redaktion, wir wollen das
schon machen; Ihr werdet die Ueberzeugung
gewinnen, daß das von uns Angebotene als
vorteilhaft und erfolgversprechend bezeichnet
werden muß. So ungefähr sagt der Brief-
schreiber.

„In kürzester Frist wird Euch die wohl-
wollende Redaktion alle Vorteile, die Ihr
in so reichem Maße genießen werdet, that-
sächlich vor Augen führen“, fasset er weiter.

„Daß sich die Redaktion die Ober-
leitung der Vereinigung so lange vor-
behalten muß, bis die Vereinigung völlig
organisiert ist“, das ist klar. Natürlich
wird sie — jeden Wunsch — sofern er be-
rechtigt ist — berücksichtigen.

Ihr habt ja sofort als Mitglieder die

Berechtigung, an die Redaktion „schriftlich“
Gegenansichten, neue Wünsche, Vor-
schläge, und was Ihr zu bemerken habt,
einzulegen, die wohlwollende Redaktion wird
das dann schon machen, wie sie es für gut
hält, darauf könnt Ihr Euch verlassen. Nun
kommt der kühne Plan des Unter-
nehmens, wie ihn die Redaktion fest-
gelegt hat, die zunächst nöthigen und die
sich nach und nach zu entwickelnden Maß-
regeln seitens der Redaktion ergeben sich
„ganz nach dem Zunehmen des Beitritts von
Mitgliedern“, und darauf kommt es an.

Die wohlwollende Redaktion und der
wohlwollende Briefschreiber, in denen wir
nur eine Person vermuten, theilen nun die
Kunsthandwerker und Kunstgewerbegehilfen
in sechs Klassen.

Sobald nur 8000 Kunstgewerbegehilfen
und Kunsthandwerker aus allen Branchen
sich zum Beitritt gemeldet haben, geht es
los, d. h. dann kann die Redaktion einen
Schritt weiter gehen. Es wird dann die
erste Monatszeitschrift unter dem Titel
„Der Kunstgewerbegehilfe“ das erste
Mal erscheinen und den Mitgliedern zuge-
stellt werden.

Vorbedingung oder richtiger selbstver-
ständlich ist es, daß der Betrag von 2 Mk.
mit der Beitrittsklärung vorher ein-
gesandt wird. Dieser Betrag, sagt der Brief-
schreiber, ist der einzig „richtige“ und wird
von der Redaktion am Schlusse des
Jahrgangs mit vier Prozent Zins der Kasse
der Vereinigung als Kapitalfonds über-
geben. Für die 2 Mk. erhält das Mitglied
von der provisorischen Leitung die Mit-
gliedskarte, welche demselben die Rechte
eines Mitgliedes garantiert und zu
Erfüllung der Pflichten eines solchen
verbindlich macht. Das ist Alles, so
lange nicht 8000 Mitglieder beigetreten sind.
Sollte diese Zahl nicht erreicht werden und
die eingesandten Beträge à 2 Mk. verpulvert
sein, dann hebt's überhaupt auf, die wohl-
wollende Redaktion und der „kommerzielle
Leiter“ werden dann ihre Thätigkeit ein-
stellen. Sollte das „Glück“ aber glück-
lich sein, d. h. haben sich von denen, die nie
alle werden, 8000 gefunden, dann, ja dann
bleibt der Weg der Mitglieder, denn sie
dürfen dann „gleichsam als Abonnement für
Zeitschrift und Notizwert (?) zur Unter-
stützung der Redaktion im Laufe des ersten
Jahrgangs ohne jedes Risiko noch 10 Mk.
in vier Raten à Mk. 2,50 bezahlen.“

Natürlich, werden die Ratenbeträge erst
dann von Euch erhoben, wenn die Redaktion
Euch entsprechende Leistungen garantiert
kann.“ Wie gnädig es doch die „wohl-
wollende“ Redaktion mit den „wertigen Kol-
legen“ meint, bei Nr. 1 ihrer Zeitung for-
dert sie die erste, bei Nr. 5 die zweite, bei
Nr. 9 die dritte und bei Nr. 11 die vierte
Rate. Also 12 Zeitungsnummern für 10 Mk.
Billiges Vergnügen! „Was will es heißen,
wenn wir 12 Mk. im ersten Jahrgang zu be-
zahlen haben, die sich doppelt und dreifach
für uns bezahlt machen“, sagt der Brief-
schreiber und, sagt der kommerzielle Leiter,
es ist noch viel vorteilhafter, wenn alle
Kunstgewerbegehilfen gleich eintreten, „dann
genießen sie die Vorteile halber“, die die
Vereinigung in Zukunft bieten wird.“ Na-
türlich, wenn diese Gehilfen das bloß jetzt
einsehen möchten, denn nach vier Jahren
wird ihnen der Spaß noch viel theurer.
Wer also bis zum fünften Jahre wartet
(lummer vorausgesetzt, daß sich die erforder-
liche Anzahl Derer findet, die nicht alle
werden), hat für das laufende Jahr 12, für
das vierte 10, für das dritte 9, für das
zweite 8 und für das erste Jahr 7 Mk. nachzu-
zahlen. Also die Kleinigkeit von 48 Mk.;
dafür bekommt er dann aber die wertlos
gewordenen Exemplare „Der Kunstgewerbe-
gehilfe“ und das Notizwert, und man denke,
— außerdem noch eine ganze Reihe von
Versprechungen.

Sehen wir uns nun die Leistungen etwas
genauer an, die für die 12 Mk. versprochen
werden.

Zunächst die Zeitung. An derselben
werden ca. 90 „und viele mehr“ Professoren,
Lehrer, Architekten, Direktoren, Bibliothekare,
kaiserliche und königliche Konservatoren,
Herren „von und zu“ als Mitarbeiter thätig
sein. Vorschläge, Wünsche und Entge-
gnungen von Mitgliedern, Redaktion und
Prinzipalen in Beziehung zur Organisation
der Vereinigung werden Raum finden.
Weiter unten wird gesagt: „In jeder Zeit-
schrift liegt eine neu ergänzte Mit-
glieder-
liste, aber kein Prinzipal bekommt diese
durch Veranlassung der Redaktion in die
Hand, so daß er nicht weiß, ob seine Unter-
gebenen Mitglieder der Vereinigung sind.“
Das hört sich ja recht gelehrtvoll an; die
hohen Herren brüten doch nicht etwa
anarchistische Ideen an?

Die regelmäßige Erscheinung der Zeitung,
und zwar am 1. jeden Monats, kann aber
erst geschehen, wenn 5000 Kunstgewerbe-
gehilfen und Kunsthandwerker ihren Bei-
tritt erklärt und zusammen erst mal
10,000 Mk. bezahlt haben. Und nun beginnen
die Leistungen, genannt Versprechungen. Für

die sechs Abteilungen, je mindestens 800 Mitglieder, in Summa ca. 5000, werden Preislisten ausgeben, bestehend in acht Spezialaufgaben, ausgegeben. Die Abtheilung beträgt 10 Wochen. Für jede Aufgabe sind drei Preise ausgesetzt. Erster Preis 100 M., zweiter Preis 100 M., dritter Preis 80 M. für je 100 Mitglieder, also acht erste, acht zweite, acht dritte Preise. Diese Preislisten sollen sich in allen sechs Abteilungen, pro Abtheilung mit je 18.000 M., wiederholen, und zwar sechs Mal, so daß 108.000 M. für Preise ausgegeben werden. Wer diese Summe ausbringt, ist nicht gesagt, und ob die Motive so viel werth sein werden, ist eine zweite Frage. Theilnehmen an dieser Preisliste soll jedes Mitglied, im anderen Falle muß es eine Buße bezahlen. Da aber auch eine ganze Reihe Derer, die nicht allein nur keine technische, sondern auch mangelhafte praktische Ausbildung haben, spekulirt wird, so müssen die zu zahlenden Bußen schon ein Schmähen ausmachen. Daß aber auf andere Weise Gelegenheit gegeben werden soll, die technische Ausbildung sich anzueignen, wird nicht gesagt.

Es sollen aber auch noch Prämien bezahlt werden, und zwar solche von 200 bis 1000 M.; und außerdem theilt die „wohlwollende Redaktion“ an diejenigen, welche im Laufe eines Jahres nicht prämiert wurden, Geschenke aus im Werthe von 5-20 M. Wer da nicht „ledig“ wird und beiträgt, na, dem ist wahrhaftig nicht zu helfen. Damit nun aber auch nicht zu viele hohe Preise erhofft werden, ist ein Preisrichterkollegium für jede Abtheilung von ca. 40 Herren, „und noch viele mehr“ eingesetzt. „Also herbei, verehrte Kollegen! Wer von Euch durch das von mir Dargestellte noch nicht in der Lage gekommen ist, den hohen Werth und das einzig richtige ausschließliche und praktische Zusammenwirken zu erkennen, ist auch nicht werth, die Früchte zu genießen“, sagt der Briefschreiber. Wie recht der Mann hat, werden wahrscheinlich nicht viele begreifen können.

Ueber die Einrichtung der inneren Organisation können wir kurz hinweggehen. Die „wohlwollende Redaktion“ hat den Plan so entworfen, daß Niemand dabei zu kurz kommt, und „jeder der Herren seine Rechnung findet“. Die Wahlen der Sektionsvorstände, der Vorsitzenden der Kreise des Generalaususses, hängt immer von der Höhe der Mitgliederzahl ab. Natürlich ist die „wohlwollende Redaktion“ in allen, und im Generalaususch wie folgt vertreten: Generalvorstand (ein Mitglied und die Redaktion), Kassier (Redaktion), zwei Schriftführer (ein Mitglied und die Redaktion), fünf Beisitzer (drei Mitglieder, zwei Redakteure). Dieser Ausschuss ist in Verbindung mit der Redaktion die höchste Instanz der Vereinigung in jeder Hinsicht. (Die Mitglieder desselben müssen möglichst selbstständig sein.)

Großartig, höchst großartig verspricht diese Organisation zu werden. In Deutschland, Oesterreich, Holland und Schwyz werden gegen 1000 Sektionen mit ca. 6000 Abtheilungen gebildet, welche unter 30 bis 40 Kreise vertheilt sein werden, denen der Generalaususch vorsteht. Man denke, in den genannten Staaten sind 65.000 Kunsthandwerker und Gehilfen aller Branchen, wie der Briefschreiber statistisch nachweisen will. O diese Freude, diese Wonnen, wenn sie hören von dem Messias, der sich ihnen in den Personen der „wohlwollenden Redaktion“ des „Kunstgewerbegehilfen“ offenbart, wie werden sie sich beeilen, die „wohlwollende Redaktion“ ihre 12 M. zu bezapfen, damit die „wohlwollende Redaktion“ im Schwabenlande ein Ende mache all' ihrer Noth und Pein, natürlich derjenigen der Kunstgewerbegehilfen. Mit Thränen des Dankes werden sie, diese Gläubigen, die Hände benehnen, die ihnen die „wohlwollende Redaktion“ entgegenstreckt, und mit gewaltigem, die Erde erschütterndem Pathos werden sie ausrufen: Ein Hoch dem Messias der Kunstgewerbegehilfen, ein Hoch der „wohlwollenden Redaktion“ und ihrer „Kommunizierten Zeitung“.

„Holzarbeiterzeitung“.

Vertrauensmännerkonferenz der Gewerkschaften Württembergs.

Ueber die Konferenz, die am 12. Mai unter Theilnahme von 18 Delegirten aus 18 Orten in Stuttgart stattfand, berichtet die „Schwäb. Tagwacht“ Folgendes: Aus der Vormittags Sitzung, welche von 11-1 Uhr dauerte und allgemeine Klagen ohne Helsen der Gewerbeinspektionsbeamten zu Tage förderte, sei Folgendes registriert: In einer Schuhfabrik in Wacknang sind in engem Raum zu viel Leute eingepfercht, auch ist die Ventilation ungenügend. In Ebingen sind in den Geschäften, wo Straßen den Arbeitern gegenüber angebracht waren, nach Intervention des Gewerbeinspektors solche entfernt worden. Von Ebingen wird angegeben, daß es sehr zu bedauern sei, daß

gerade in den kleineren Betrieben, wo ja die größten Missethäter herrschen, die Inspektionsbeamten keinen Einfluß haben. Von Feuerbach wurde berichtet, daß da, wo Missethäter herrschen und der Gewerbeinspektor davon Kenntniß erhielt, solche abgeschafft wurden. Der Vertreter von Gppingen bringt verschiedene Klagen vor über Auszahlung des Lohnes, Reinigung der Fabrik und sonstige sanitäre Verhältnisse. Auffallend sei es auch, daß die nichtorganisirten Arbeiter am meisten ihr Recht im Prozeßwege suchen, während die organisirten Arbeiter den Fabrikanten gegenüber selbst ihre Rechte wahrten und erhielten. Aus Cannstatt berichtet der Vertreter, daß, weil keine Beschwerden an ihn gelangt seien, man meinen sollte, es herrschten paradiesische Zustände daselbst. Dies wäre aber durchaus nicht der Fall, wie Referent an einzelnen Beispielen klar darlegt. Er bezieht sich besonders auf frühere Mitglieder von Fachorganisationen der sündigen Handlungswelt, daß sie schlechte Rathgeber ihrer Herren Fabrikanten wären und die anderen Arbeiter herunterzusehen suchten. Der Ludwigsburger Vertreter weiß von größter Behrungsgeiz daselbst zu berichten und behauptet, daß trotz der schlechten Lohnverhältnisse doch so wenig organisirte Arbeiter vorhanden seien. In Oberndorf seien die gewerkschaftlichen Organisationen in Folge des Druckes der allmächtigen Wauerschen Fabrikation sehr zurückgegangen, was der Vertreter lebhaft bedauert. Eine Folge davon seien unwürdige Zustände in der dortigen Waffenfabrik, namentlich werde jede freie Aeußerung durch thebenierische Seiten der Feltung hinterbracht; es wäre darum schwer, hier Wandel zu schaffen. Man solle von auswärtig Mittel und Wege suchen, hier helfend einzugreifen. Der Vertreter von Ravensburg bedauert die geringe Fühlung, welche er mit dem Gewerbeinspektor habe. In Heutlingen sei es in gewerkschaftlicher Beziehung wohl, ob dies eine Folge glänzender wirtschaftlicher Lage der Arbeiter sei oder umgekehrt, können die Arbeiter am besten bekunden. In Schramberg haben sich seit Kurzem die Organisationen gehoben; ungefähr 200 Arbeiter gehörten verschiedenen Vereinen an. Der Vertreter von Stuttgart wünscht zur Belebung des Instituts der Vertrauensmänner, daß in den Gewerkschaftsversammlungen über die Thätigkeit der Gewerbeinspektoren öfters Besprechungen stattfänden. In Heilbronn schimpfte man über allenthalben Missethäter in den Werkstätten, an richtiger Stelle getraue sich Niemand solche anzubringen. Auch die Bekanntgabe der Namen könne ruhig geschehen, wenn solche von den Gewerbeinspektoren verlangt würden. Den Referenten sei es gefällig unterzuzusetzen, solche anzugeben. Der Vertreter von Ulm führt einige Fabriken an, wo es noch gut zu arbeiten sei; hier wolle man aber auch nichts von Organisation wissen. In letzter Zeit sei in Ulm fast nichts geleistet worden. Im Vertrauensmännerinstitut fehle etwas, was den Arbeitern auch wirklich zeige, daß hier ihre Beschwerden gegen Fabrikanten eine gute Statt finden und Abhilfe geschaffen werde. Auch er wünsche, daß Mittel und Wege vorgeschlagen würden, um eine Besserung herbeizuführen. In Heidenheim sei eine stark entwickelte Industrie vorhanden, aber auch eine lange Arbeitszeit: 13 bis 15 Stunden in fast allen Fabriken. Schanzvorrichtungen seien an den Maschinen angebracht, so lange der Gewerbeinspektor im Orte sei; habe letzterer sich entfernt, so würden auch die Schanzvorrichtungen sofort wieder bei Seite gesetzt. Von Unterkirchheim und Puffenhausen ist nichts Erwähnenswerthes zu berichten. Der Vertreter von Tuttlingen gibt Aufschluß über den Streik der Metallarbeiter der Firma Storz daselbst und die Gründe desselben. Von beiden Seiten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer (?), sei nach seiner Meinung gestandigt worden. Die ersteren pochten auf ihren Geldsack, letztere auf ihre gute Organisation. Zu bedauern sei es gewesen, daß die Intervention des Gewerbeinspektors ohne Erfolg gewesen sei. — Zum Schluß wird ein eingelaufenes Schreiben des Vorstandes des Steinhauerverbandes in Nördorf bei Berlin vorgelesen, in welchem derselbe den Gewerkschaften Württembergs empfiehlt, für die Organisation der Steinhauer thätig zu sein.

Nach einer Pause von 1 1/4 Stunden wird um 1/8 Uhr die Konferenz fortgesetzt. Anwesend sind außer sämtlichen Delegirten die drei Herren Gewerbeinspektionsbeamten und zwei Assistenten. An dem Bericht des ersten Inspektionsbezirks Abt der Vertreter von Stuttgart eine längere Kritik. Einzelne Ausführungen in dem Bericht seien Thatsachen, wie sie von den denkenden Arbeitern schon seit Jahren ausgesprochen seien. Er wünscht, daß man den Bestrebungen der Arbeiterschaft von Staats- und kommunaler Seite mehr entgegenkommen zeige als bisher. Die Inspektoren hätten nach dem Berichte viel zu viel zu thun. Die Kesselspektationen von Seiten der Gewerbeinspektoren sollten abgeschafft werden; es bliebe für dieselben noch Arbeit genug übrig. Dieses wird vom

Gewerbeinspektor Berner dahin berichtet, daß in der Kammer der Abgeordneten schon ein Antrag angenommen sei, wonach die Inspektion der Kessel der Gewerbeinspektoren abgenommen werden solle. In verschiedenen Auslassungen des Referenten ergreifen die Herren Gewerbeinspektoren Hochstetter und Berner das Wort, theils die Ausführungen ergänzend oder berichtend, theils die Kritik abmildern. Referent führt aus, daß auch in Württemberg die Sanitätsverwaltung, das Truchsenamt u. s. w. herrsche. Die hohen Löhne im Bereiche seien nur Ausnahmen in einzelnen Betrieben; im Allgemeinen würden bei den männlichen und weiblichen Kräfte schlechte Löhne gezahlt. Besonders zu bemerken sei es, daß einzelne Fabriken längere Arbeitszeit bei gleichen Löhnen einführen, ohne Schaden zu erleiden. Zum Schluß seines Referats bespricht der Vertreter von Stuttgart das jetzige System der Gewerbeinspektionsbeamten, welches durchaus ungenügend wäre. Es sei darauf hinzuwirken, daß die Einrichtung immer mehr erweitert würde. Des Ferneren sollten die Berichte der Gewerbeinspektoren nur einen billigen Preis dem Publikum zugänglich gemacht werden. — Da eine Berichterstattung über die zwei anderen Kreise nicht mehr gewünscht wurde, weil die Zeit zu knapp bemessen war, so wurde den anwesenden Beamten nur noch von den einzelnen Vertretern detaillierte Klagen und Beschwerden vorgetragen. Vom Delegirten von Gppingen wurden die hohen Löhne in Abrede gestellt, welche nach dem Bericht die Arbeiterinnen in der Tricotbrauerei verdienen sollen. Die gesundheitswidrigen Zustände in den Fabriken Gppingens spalten jeder Beschreibung. Die Behandlung ließe noch viel zu wünschen übrig. Hierüber gibt Gewerbeinspektor Hardegg nähere Erklärung. Auch über die Geheimhaltung des Namens eines Beschwerdeführers blühten sich die Arbeiter beruhigen. Von ihnen, den Beamten, würde Alles gethan, um den Arbeitgeber von dem Verdachte gegen einen bestimmten Arbeiter abzulösen. Der Vertreter von Ravensburg führt Beschwerde über die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter daselbst, desgleichen über die geringen Löhne, welche in den Waffenfabriken und anderwärts herrschen. Traurig sei es, daß die dortigen Vereine — katholischer Gesellenverein und Arbeiterbildungsverein — die Arbeiter davon abhielten, sich gewerkschaftlichen Organisationen zuzuwenden. Die Brauer hätten in Ravensburg noch nicht einmal Sonntagruhe, trotz des Gesetzes. Ein Gleiches sei in Weingarten der Fall. Die Herren Hardegg und Hochstetter versicherten, daß doch einzelne Missethäter abgeschafft wären. Aus Ulm wird über die dortige Zement- und Zergindustrie in der Nähe Hiltz geflagt. Die jugendlichen Arbeiter würden ausgenutzt in höchstem Maße. Der Vertreter von Oberndorf bezieht die zwei Buchdruckereien in Schw. und H., wo die Arbeitszeit unmäßig hoch sei. Auch von Ebingen werden viele Beschwerden vorgebracht, besonders gegen die Maschinenindustrie, worauf Herr Gewerbeinspektor Hochstetter Auskunft über die eigenartige Stellung gibt, welche die Maschinenindustrie einnehme gegenüber dem Sonntagruhegesetz. Hedner kommt auch auf den Metallarbeiterstreik in Tuttlingen zu sprechen, welchen er auch beiden Theilen zurecht. Hierauf kamen zwei Anträge aus der Mitte der Delegirten zur Abstimmung. Dieselben besagen:

- 1) Die heutige Konferenz hält es für sehr wünschenswerth, daß die Wichtigkeit der Gewerbeinspektion und des damit verbundenen Vertrauensmännerstems unter den Arbeitern immer mehr bekannt wird, und beauftragt die Vertrauensmänner, nach Erscheinen der Berichte der Gewerbeinspektoren dieselben in den einzelnen Gewerkschaften oder in großen gemeinsamen Gewerkschaftsversammlungen zur Besprechung zu bringen.
 - 2) Schriftliche Aufforderung an diejenigen Orte ergehen zu lassen, wo noch keine Vertrauensmänner vorhanden sind, solche zu ernennen.
- Beide Anträge werden angenommen. Hierauf dankte Herr Gewerbeinspektor Berner im Namen seiner Kollegen für die freundliche Einladung und bittet, Beschwerden vertrauensvoll an sie gelangen zu lassen; was an ihnen läge, würde geschwiegen, um sofort Abhilfe zu schaffen. Hierauf wird noch zum Schluß ein eingelaufener Antrag, die Konferenz alle Jahre stattfinden zu lassen, angenommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Wie aus einigen Abrechnungen zu ersehen und auch von einigen Verwaltungen dem Vorstand mitgetheilt wird, ist man verschiedener Meinung, daß Mitglieder anderer inländischer Metallarbeiter-Organisationen, sofern sie denselben 6 Monate angehören, bei einem etwaigen

Uebertritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband dieselben Rechte wie die Verbandsmitglieder beanspruchen können. Diese vielfach verbreitete Meinung ist ganz falsch. Zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und den übrigen deutschen Metallarbeiter-Verbänden besteht kein Verbandsvertrag, die eine derartige Auffassung recht, billig und mithin sind die Mitglieder dieser Vereinigungen bei ihrem etwaigen Uebertritt als Fremde einzustufen nach § 4, und bei der Erhebung irgend welchen Mitglieds nach § 5 des Statuts zu behandeln, d. h. sie haben Beitragsgeld zu zahlen und die statutarische Racenzgelt zu absolviren, ehe sie Mitglieds werden können.

Sobald geben wir bekannt, daß das Protokoll der 2. Generalversammlung in Magdeburg nunmehr in Druck erschienen ist und den Bestellern, soweit sie mit den früher gelieferten Protokollen der 1. Generalversammlung abgerechnet haben, umgehend zugestellt wird. Wir ersuchen ferner diejenigen, die noch auf Protokolle reflektiren, die Bestellungen umgehend zu bewerkstelligen. Der Preis pro Exemplar beträgt wie seither 20 Pf.

- Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuheben:
- Nr. 82687 des Schlossers Ernst Orth, geb. zu Altenburg am 19. Januar 1877.
 - 77199 des Schlossers Karl Herrmann, geb. zu Cannstatt am 19. Juni 1876.
 - 82008 des Schlossers Karl Böwe, geb. zu Berlin am 29. Dezember 1874.
 - 108857 des Schlossers Ernst Welger, geb. zu Ludwigsburg am 7. März 1874.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 8 Abs. 7a des Statuts: Auf Antrag der Verwaltung in Weisburg der Kleinpfer Albert Bursche, geb. zu Weisburg am 30. Januar 1874, Nr. 81520, wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern; auf Antrag der Verwaltungsstelle in Tuttlingen die chirurgischen Instrumentenmacher Gustav Kaufmann, geb. zu Tuttlingen am 12. November 1877, Nr. 108789; Wilhelm Jetter, geboren in Tuttlingen am 12. Mai 1875, Nr. 81827; Jakob Teufel, geb. in Tuttlingen am 5. Mai 1872, Nr. 81729; und der Schlosser Anton Baumgärtner, geb. zu Weisburg in Bayern am 15. Juli 1871, Nr. 98718, wegen Streikbruchs.

Von den nachfolgenden Orten ist der Bezug der Arbeiter der benannten Berufs fern zu halten: Leipzig-Gutrich (Motoren-Fabrik Grob & Co.), Arbeiter der Fahrradbrauerei von Nürnberg (Velozipedfabrik Marschall), Metallarbeiter von Nürnberg (Schneider, Metallwaarenfabrik), Schmalzling-Boos, Formner v. Ansbach, Müllchen (Kustermann), Offenbach (W. Boos), Feilenhauer von Ludwigsb. (Menne & Siegmart), Messerschmiede von Tuttlingen (A. Storz), Metallarbeiter von Hof (A. Hartenstein, Metallfabrik).

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Ludwigsb. 160, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Korrespondenzen. Metall- Arbeiter.

Bunzlau, 26. Mai. Um zu zeigen, daß die Verwaltungsstelle Bunzlau nicht eingeschlafen ist, nehme ich unsere Zeitung mal in Anspruch. In letzter Zeit ist nämlich eine Bantheit unter den Mitgliedern, und ich muß offen gestehen, auch in der Ortsverwaltung vorhanden, so daß es die höchste Zeit wird, hierin Wandel zu schaffen. Unsere Versammlungen sind selten gut besucht, es sind fast immer ein und dieselben Genossen, welche erscheinen, die anderen stehen es leider vor, zu allem möglichen Mühsal zu gehen, aber in die Versammlung kommen sie nicht. Daß dann kein einmüthiger Beschluß gefaßt werden kann, ist klar. Aber nachher, wenn's geschieht, sind es gerade diejenigen, welche keine Versammlung besuchen, die am meisten darüber raisonniren. Darum sollten alle in die Versammlung kommen, agiren und neue Mitglieder zuführen, damit unsere Zahlstelle nicht rückwärts, sondern vorwärts kommt. Denn es gibt hier in Bunzlau noch ein großes Stück Arbeit für uns. Sehet Euch mal um, wie es hier in den Fabriken und Eisenhütten aussieht! Aber die Uneinigkeit, welche unter uns herrscht, macht es zu schwer, Wandel zu schaffen; statt daß wir Arbeiter zusammenhalten, traut einer dem andern nicht, und daher ist es möglich, daß hier solche schlechte (größtentheils Afford)-

Böhne, gegahlt werden. Man kann sich gar nicht wundern, wenn die Kollegen diesen Eldorado den Rücken kehren. Und tatsächlich haben sich heute allein 8 Mann auf die Wanderschaft begeben. Den Kollegen lege ich an's Herz, Agilität und werbel, daß wir wieder einen richtigen Stamm von Mitgliedern in unserer Zahlstelle bekommen, denn es stehen uns noch viele fern.

Porzellan. Am 10. Mai fand hier unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, welche einen sehr wichtigen Punkt auf der Tagesordnung hatte. Derselbe mußte aber zur nächsten Versammlung verlagert werden, weil die Versammlung sehr schlecht besucht war. Hierdurch hatten wir uns verpflichtet, die Kollegen aus ihrer Bantheit aufzurütteln und sie an ihre Pflichten zu erinnern. In letzter Zeit wurden die Versammlungen immer schlechter besucht, aber so schlecht wie die letzte, wo von 70 zahlenden Mitgliedern — 9 anwesend waren, war noch keine Versammlung besucht. Kollegen, wolle ihr die Organisation zu Grunde gehen lassen? Welche Gründe leiten euch hierzu? Wir denken doch, daß es hier am Orte recht angebracht wäre, die Verwaltungsstelle hoch zu halten und immer mehr Kollegen zur Organisation heranzuführen. Darum, Kollegen, beherzigt diese Forderungen und besucht die Versammlungen recht pünktlich; auch betreibt die Agitation für den Verband recht fleißig. Alle Mann an Bord!

Preradon (Wilkstadt). Am 18. Mai besuchte Kollege Saad im „Erianon“ über die Generalversammlung. Der Bericht wurde beifällig aufgenommen. In der Debatte gaben mehrere Kollegen ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß, wenn die Generalversammlung unsere Anträge auch nicht angenommen habe, wir doch wie bisher treu zum Verband halten müssen, welcher Ansicht auch die Versammlung war. Dann wurde noch ein Antrag auf Agitation durch Flugblätter angenommen.

Wiesfeld. In letzter Zeit ist unter den Mitgliedern der hiesigen Zahlstelle des D. M. V. eine berartige Gleichgültigkeit im Besuche der Versammlungen eingetreten, die den Gedanken auskommen läßt, als wenn die Arbeiter Metallarbeiter in einem Eldorado lebten und nicht nötig hätten für die Verbesserung ihrer Lage etwas zu thun. Die Mitglieder sollten sich doch einmal die Zustände in den hiesigen Werkstätten vergegenwärtigen, und sie müssen dann zu einer ganz anderen Ansicht kommen. Die Zustände in den hiesigen Fabriken sind wahrhaftig keine rosig. Denn es gibt hier Werkstätten, die man eher für die Filiale einer Strafanstalt als für eine Arbeitsstätte von „freien“ Arbeitern halten kann. In einer wird den Arbeitern außer dem üblichen Lohn noch mit Pfaffen und andern handgreiflichen Extrabergütungen aufwartet. Es existieren hier Löhne von 10, 12 und 15 M wöchentlich bei täglich 11stündiger Arbeitszeit. Obgleich das hiesige Parteiorgan die Herren schon öfter an den Pranger gestellt hat, ist noch keine Menderung zum Besseren eingetreten. — Es wäre doch an der Zeit, daß die Mitglieder die Versammlungen besser besuchten und darin die Zustände der einzelnen Werkstätten besser zur allgemeinen Kenntnis gebracht würden. Auch sollte sich jedes Mitglied zur Pflicht machen, in jeder Versammlung dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Es ist doch nicht zu viel verlangt, alle 14 Tage dem Verbands einige Stunden zu widmen. Es sollte jedem Kollegen ein Bedürfnis sein, sich von Zeit zu Zeit mit den Kollegen auszusprechen und zu beraten, welche Mittel und Wege eingeschlagen werden sollen, um unsere Lage etwas erträglicher zu gestalten. Werft also die Schlafmütze von Euch und erscheint wieder wie früher pünktlich zur Versammlung. — Ein Kollege hat es sich zur Pflicht gemacht, alle 14 Tage einen Vortrag zu halten, um die Versammlungen auch in dieser Hinsicht interessanter zu gestalten. Nächste Versammlung, Sonnabend, 8. Juni, bei Mebeck, Dismal.

Leipzig. Die Arbeitsverhältnisse bei Gerhard u. Dehme in Lindenau bildete das Thema, mit dem sich am 25. Mai eine von 300—400 Personen besuchte öffentliche Arbeiterversammlung in der Gesellschaftshalle zu Lindenau beschäftigte. Aus dem Referate des Herrn Jakobson ging hervor, daß die Arbeitsverhältnisse in erster Linie durch die geradezu unwürdige Behandlung, die die Arbeiter von dem Werkführer Dingwe erfahren, hervorgerufen worden ist. Von den Ausständigen sind jedoch, bis auf sechs Mann, alle wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Diese sechs Mann wurden gemäßigt und auf die schwarze Liste gesetzt. Referent forderte zur Einigkeit der Arbeiter auf und machte für das Scheitern des Streiks die Unwissenheit unter den Arbeitern verantwortlich. Als er hierbei auch den Behörden einen guten Teil Schuld beimaß, wurde ihm vom überwachen Beamten (Kriminal-Oberwachmeister Förstberg) das Wort entzogen. In der Diskussion wurde von verschiedenen Seiten die Handlungsweise des betr. Werkführers in

Bezug auf sein Verhalten gegenüber den Arbeitern wie auch im Lohnberechnungs-wesen scharf kritisiert und ihm recht ausführliche Ringe nachgewiesen. Des Weiteren wurde die besondere Geduldigkeit betont, der die Arbeiter seiner Firma ausgesetzt sind, z. B. das Fehlen eines Kranes zc. getadelt. Einem Redner wurde noch wegen Verweigerung des Wort entzogen. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme: „Die heute in der Gesellschaftshalle zu Lindenau tagende öffentliche Arbeiterversammlung ist durch die verschiedenen Ausführungen an der Ueberzeugung gekommen, daß die Zustände bei Gerhard u. Dehme keine menschenwürdigen sind, sie erklärt sich mit dem Vorgehen der Arbeiter einverstanden und verspricht, die gewahrgelassen Kollegen zu unterstützen.“

Fühbeck. In einer am 16. Mai abgehaltenen öffentlichen Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Personen referierte Kollege Mohr in der Stadt über die Erweiterung des Fabrik-Inspektors. Derselbe legte die verschiedenen Mängel der heutigen Gewerbeaufsicht klar und wies u. A. darauf hin, daß, wie amtlich festgestellt ist, von den im Königreich Sachsen im Jahre 1898 vorgekommenen 4000 Uebertretungen der Gewerbeordnung nur 182 bestraft waren. Bei einer derartigen laxen Handhabung der Gesetze ließe sich natürlich nichts Ersprießliches erwarten. Besserung würde eintreten, wenn die Gewerbeinspektion reichsgefehllich geregelt wäre und die Inspektoren von den Arbeitern erwählt würden. Denselben mißte dann weiter noch Exekutivgewalt übertragen werden, damit jedem Uebertreter der Strafbüchsen begegnet werden könnte. Ferner sei die Unterstellung der Hausindustrie, sowie des Kleingewerbes zu fordern, damit auch alle darin beschäftigten Arbeiter des Schutzes theilhaftig würden, den sie heute entbehren müßten. Folgende Resolution wurde beschlossen: „Die heutige Versammlung erklärt nach den Ausführungen des Referenten die Erweiterung der Aufsicht der Fabriken als eine unumgängliche Nothwendigkeit, um die Gefahren für Gesundheit und Leben des Arbeiters nach Möglichkeit abzuwenden. Das Unternehmertum ist freiwillig nicht zu bewegen, die Volksgesundheit zu schützen und muß daher die Staatsregierung Mittel und Wege zu finden suchen zum Schutze der Arbeiter. Als nächste Forderung ist die reichsgefehlliche Regelung der Gewerbeaufsicht und Stellung des Kleingewerbes und der Hausindustrie unter dieselbe zu erstreben. Die Versammlung erwartet ferner, daß der Fabrikinspektor für Arbeit baldigst Revisionen in den hiesigen Fabriken vornimmt.“ Das Bureau wurde sodann beauftragt, diese Resolution beim Fabrikinspektor einzureichen. — In einem Schlusswort hob Mohr die Bedeutung des D. M. V. hervor und forderte zum regen Eintritt in denselben auf. Hierauf wurde die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf den D. M. V. geschlossen.

Zurwingsburg. Hier ist eine Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes konstituiert worden. Verlehrslokal: Gasthaus zum „grünen Baum“.

Mainz. In einer Metallarbeiter-Versammlung, welche vor einigen Tagen stattfand, wurden die Verhältnisse in hiesigen Fabriken kritisiert, unter anderen die der Gas-messfabrik. Dort besteht ein Vorkarbeiter-system. Dem Vorkarbeiter wird der Akkord übergeben und erhält er zur Fertigung mehrere Arbeiter zugeheilt. Der Vorkarbeiter erhält 33 M pro Woche, die Uebrigen theilen den Rest des Akkords. Dadurch werden die Meistergehälter erparnt, die Arbeiter müssen natürlich die Beche bezahlen. Ebenso geht es mit neu eingestellten Arbeitern. In anderen Geschäften werden dieselben die erste Zeit im Lohn beschäftigt, hier treten dieselben sofort in eine Kolonne ein und werden aus dem Akkord bezahlt. Daß ein ungeübter Arbeiter bei dieser Spezialarbeit nicht sofort seinen Lohn verdient, wird Jeder wohl zugeben. Auch hier müssen wieder die Mitarbeiter den Schaden tragen, während das Geschäft glatte Rechnung hat und nur den Profit einsteckt. Das Gebahren des Meisters ist auch nicht dazu angethan, die Lage der dortigen Arbeiter rosig zu gestalten. Derselbe hat 18 Jahre als Geselle dabeilbst gearbeitet und sich über jede Unbequemlichkeit allerzeit, doch seit er Meister, ist er wie umgedreht. Die Arbeiter wissen davon ein Liedchen zu singen. — In der Fabrik „Gasapparate und Gusswerk“ kommt es auch immer besser. Es kommt häufig vor, daß Arbeiter mit 20 M und weniger in 14 Tagen nach Hause gehen, darunter sind auch alle Arbeiter. Die Hauptschuld an diesen Verhältnissen tragen wohl die ländlichen Arbeiter, welche in diese Fabrik das Hauptkontingent stellen. Dieselben wanken und weichen nicht aus dieser Fabrik und lassen sich Alles bieten. Fordert man dieselben auf, die Versammlungen zu besuchen, damit sie ihre Lage erkennen lernen, so kann man nur Spott ernten. In der Behringstraße wird hier auch Groß-

artiges geleistet. Die Meister werden aufgefodert, so viel wie möglich Beihilfen anzunehmen; diese sollen gezogen werden, wie man sie braucht. Dies wurde namentlich in der Weisinggasse hervorgehoben. In Anbetracht der schlechten Verhältnisse dabeilbst stellen die Beihilfen die Forderung, im Lohn arbeiten zu wollen. Die Antwort war: „Wenn Ihr Alle gehen wollt, so geht nur, wir stellen uns wieder Andere ein!“ Es wäre wirklich angebracht, den Zugang nach diesen Fabriken fernzuhalten und alle Kollegen zu warnen, dabeilbst anzusprechen.

Mühlhausen i. G. In der Versammlung vom 16. Mai wurde ein neues Agitationskomitee für Ober-Elsaß gewählt. Die Anfragen und Sendungen sind zu richten an Joseph Walter, Gilsaunsgasse 9, Dorach, Elsaß.

Wiederschlenn, 1. Juni. Heute Morgen wurden in der schon mehrfach erwähnten Maschinenfabrik und Eisengießerei 100—180 Mann entlassen. Grund: Am vergangenen Dienstag wurde durch Anschlag bekannt gegeben, daß von Mittwoch ab sämtliche Arbeiter 4 Wochen lang von Früh 6 bis Abends 8 Uhr (mit Ausnahme Montags und Sonnabends) zu arbeiten haben. Nun wurde den Arbeitern vor circa einem Jahre durchschmittlich 1 Pfennig pro Stunde abgezogen mit der Begründung, daß das Geschäft schlecht ginge, wenn dasselbe wieder besser gehe, werde auch der Pfennig wieder zugelegt. Diesen Zeitpunkt wählten nun die Arbeiter für gekommen, weshalb sie die Sache ihren Meistern vorlegten und erklärten, sie wollten ihren früheren Lohn wieder haben, außerdem für Ueberstunden 5 Pfg. mehr, andernfalls sie um 6 Uhr die Arbeit verlassen würden. Da bis dahin noch keine Antwort von Seiten des Herrn Ebble kam, verließen sämtliche Schlosser, Dreher und Schmelde die Fabrik. Am Donnerstag Früh war wiederum durch Anschlag bekannt gegeben: „Diejenigen Arbeiter, welche durch Hehereien von Seiten der Schlosser, Dreher und Schmelde am Mittwoch Abends 8 Uhr die Arbeit verlassen haben, sind hiermit entlassen, die Auszahlung des Lohnes und Verabfolgung der Papiere erfolgt 8 Uhr. Diejenigen aber, welche für den alten Lohn wieder arbeiten wollen, haben sich Freitag Nachmittag von 2—5 Uhr im Kontor zu melden.“ Organisiert sind von den Arbeitern ungefähr 15 Mann, ausgesperrt sind gegen 80 Mann, wovon 8 organisiert. Wären die Arbeiter gut organisiert, so wären es eine Spielerei gewesen, diese Forderungen durchzusetzen, aber was für ein Indifferenzismus herrscht, beweist die Thatsache, daß von circa 200 Metallarbeitern am Orte nur 18 Mann organisiert sind. Den Fernstehenden rufen wir zu: Organisiert Euch!

Stettin. Behufs Fortsetzung der Diskussion über die Generalversammlung fand am 25. Mai eine kombinierte Versammlung der hiesigen Zahlstellen statt. In der Diskussion wurde untenfolgende Resolution mit zur Debatte gestellt, an welcher sich die Kollegen wiederum zahlreich beteiligten. Der Beschluß, die Verbandskasse mit der Zahlung der vollen Beiträge der Vorstandsmitglieder zur Krankenkasse zu befragen, wurde gemißbilligt, da die Beamten als Arbeitnehmer ebenso ihr 2/3 Theil bezahlen können wie andere Arbeitnehmer. Der Beitragszahlung an die Generalkommission pflichtet die Versammlung bei, hält es aber für die finanzielle Entwicklung des Verbandes für unmöglich, die Schuld von 11,000 M nachzugeben. Daß auf der Generalversammlung nichts zur Beilegung der rückständigen Extrabeiträge geschieden ist, sei sehr zu bedauern, denn es liegt hier ein förmlicher Betrug seitens der Zahlstellen, welche selten oder niemals Extrabeiträge geleistet haben und jetzt für Erhöhung der Beiträge eingetreten sind, andern Zahlstellen gegenüber vor. Der Kassirer führte ein Beispiel an, daß ein zugereicher Kollege aus Seebaldsbrück nicht eine einzige Extramarke im Buche eingelebt hatte, sogar die Einkommensteuer von der ersten Generalversammlung war nicht bezahlt. Auf die Beschwerde des Kassirers beim Hauptvorstand hin kühlte sich derselbe in tiefes Schweigen. In diesem Punkte wären die Delegierten verpflichtet gewesen, dem Vorstand keine Decharge zu erteilen. Es wurde vielfach betont, daß man dieses kleine Mehr an Beiträgen auch noch bezahlt, aber wenn man nicht weiß, wofür man sein Geld hingibt, so ist das eine andere Sache. Wenn, wie es schon vorgekommen ist, Mitglieder vor die Alternative gestellt werden, entweder Entlassung oder Austritt aus dem Verbands, so wird letzteres vielfach wegen Mangel an Unterstützung vorgezogen. Der Rechnungsabschluss des Berliner Lokalverbandes sei wohl zu beachten, es sprachen sich daher auch einige Redner für Lokalorganisation aus, doch soll eine Entscheidung noch nicht herbeigeführt werden. Sollte sich aber der Mitgliederbestand am Orte wider Erwarten sehr verringern, so bliebe auch den Kollegen, welche im Vordergrund stehen, weiter nichts übrig als sich der Majorität anzuschließen. Ferner werden die Redaktionsbemerkungen hinter einem unangenehmen

(Kassächlich unrichtigen) Red.) Sage in Verleihen gemißbilligt. Der Redakteur hat wohl das Recht zu korrigieren (ist nicht weiter gesehen Red.), aber hinterher's (Bemerkungen machen, wo man nicht widersprechen kann (sowann vieleicht die in der Stettiner Versammlung Angegriffenen sofort etwas erwidern? Red.), das ist nicht richtig. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen: „Die dem D. M. V. angehörigen Mitglieder der Zahlstellen Stettins erklären nach reiflicher Diskussion des Generalversammlungsberichtes nicht in der Lage zu sein, das Verhalten der Delegierten nach allen Seiten hin gut zu heißen. Gründe: 1. Nach Meinung der Versammlung sind die Vorstandsmitglieder Schuld und Werner zu milde behandelt worden, da nach unserer Auffassung dieselben für alle Unterschlagungen, die nach ihrer ersten Kenntnisaufnahme geschieden sind, mit verantwortlich zu machen waren, so daß das Ertheilen einer Mäße keine hinreichende Sühne für ihr Verhalten ist. 2. Obwohl wir damit einverstanden sind, daß an die Generalkommission wieder regelmäßige Beiträge entrichtet werden, hatten wir nichtsdestoweniger den Beschluß, rückständige 11,000 M an die Generalkommission zu zahlen, für einen verfehlten. 3. Erblickt die Versammlung in der Erhöhung der Beiträge kein geeignetes Argument, dem Verbands erheblich neue Mitglieder zuzuführen, sondern behauptet, daß dieser Beschluß gefaßt ist ohne Rücksicht auf jene Zahlstelle, in denen die Höhe der Löhne es unsern Kollegen unmöglich macht, sich derartige Opfer aufzuerlegen.“ — Zu bemerken ist noch, daß unser Sommervergütungen am 6. Juni auf dem „Bod“ stattfand.

Schläger.

Fürth. (Nur vorige Nummer zu spät eingetroffen.) Nachdem die auf deutsche Bretterformen beschäftigten Arbeiter durch gütliches Uebereinkommen einen gleichmäßigen Lohnsatz erzielt hatten, beschloßen auch die auf Schlagsmetall und Komposition beschäftigten Arbeiter in eine Lohnbewegung einzutreten. In einer Vorberechnung und in einer darauf folgenden Versammlung wurden folgende Forderungen festgesetzt: 1. Für das Schlagsmetall eine Form mit Quetschen sind 1,15 M zu bezahlen; 2. die Platzzahl pro Form darf 1025—1050 nicht übersteigen; 3. soll bei einem Maximalsatz von 20 Formen die 10stündige Arbeitszeit möglichst eingehalten werden. Diese Forderungen wurden von den anwesenden ca. 200 Gehilfen einstimmig angenommen, um so mehr, da es ja überhaupt keine neue Forderungen sind, indem dieser Lohnsatz bereits nach dem Streik im Jahre 1889 in fast allen Werkstätten bezahlt wurde. Da jedoch durch die amerikanische Zollerhöhung, die sogenannte Mac Kuley-Wiß, das Schlagsmetallgewerbe einen bedeutenden Rückschlag erlitten hatte, wurden auch den Gehilfen wieder bedeutende Lohnabzüge gemacht. Es wurden nämlich anstatt 1,15 pro Form, nur noch 1—1,05 bezahlt, wodurch viele Gehilfen, besonders in den kleineren Werkstätten, veranlaßt wurden, anstatt die 10stündige Arbeitszeit einzuhalten, täglich 12—13 Stunden und noch länger zu arbeiten. Die Lohnabzüge wurden von den Herren Meistern gemacht mit dem Versprechen, daß, so bald wieder günstiger Geschäftsgang eintrete, sie den alten Lohn wieder bezahlen würden. Die Einlösung dieses Versprechens fordern jetzt die Gehilfen, da die Geschäftskonjunktur schon seit einem Jahre eine vorzügliche ist. In der öffentlichen Versammlung am 16. Mai wurde eine Kommission gewählt, welche auch bereits die nötigen Schritte eingeleitet hat. In einer Besprechung, welche mit den Unternehmern abgehalten wurde, erklärten sich dieselben im Großen und Ganzen mit den Forderungen der Gehilfen einverstanden, nur könnten sie diese Forderungen nicht aus ihrer eigenen Tasche bewilligen, sondern sie müßten sich erst mit ihren Kaufleuten und Fabrikanten verständigen. Als Termin für das Inkrafttreten dieser Forderungen wurde seitens der Gehilfen der 1. Juni bestimmt. Da die Meister erklärten, ebenfalls mehr zu verlangen, erscheint vorderhand ein gütlicher Ausgleich zweifelhaft, und ersuchen wir jetzt schon, den Zugang von Schlägern fern zu halten. — In der Versammlung am 1. Juni wurde mit allen gegen 1 Stimme beschlossen, am 8. Juni in den Streik einzutreten, wenn bis dahin die Forderungen nicht genehmigt sind.

Technisches.

Neuerungen an Formmaschinen für Eisen- und Metallguss.
Mit dem Aufschwung der Eisenindustrie machte sich in den Eisengießereien das Bestreben bemerkbar, maschinelle Vorrichtungen zur Herstellung der Gußformen in Anwendung zu bringen, um 1. die Leistungsfähigkeit der Gießerei zu erhöhen,

2. die Genauigkeit des Abgusses zu vervollkommen und 3. die Unabhängigkeit von der Geschicklichkeit und dem guten Willen der Arbeiter zu bewirken.

Durch den Patentschutz ermuthigt, ist es den Fachleuten gelungen, von Jahr zu Jahr größere Fortschritte in der Formerei mit Maschinen zu machen und Schwierigkeiten zu überwinden, so daß nun die Formmaschine überall mit großem Nutzen gebraucht werden kann, wo eine größere Stückzahl der Abgüsse von einem Modell verlangt wird.

Vor 10 bis 15 Jahren glaubte man, daß eine Maschine für Formereizwecke die menschliche Arbeit nicht in jeder Beziehung ersetzen könnte und es entstanden daher zwei verschiedene Arten von Formmaschinen, nämlich 1. Maschinen, welche das Herausheben des Modells aus der Gießform bewirken, und 2. Maschinen, welche das Einstampfen des Formandes von Hand entbehrlich machen.

Soll der Arbeiter den zum Pressen des Formandes nöthigen Druck selbst erzeugen, so wird ihm durch eine Maschine mit Hebel und Zahnräderübertragung wenig geholfen, da er doch die gleiche Summe von mechanischer Arbeit leisten muß, als wie bei dem Stampfen mit der Hand.

Eine hydraulische Formmaschine, welche nach diesem Prinzip vortrefflich gebaut ist und welche das Anheben des Modells, sowie das Einstampfen des Formandes von Hand entbehrlich macht, ist die unter Nr. 59727 und 65547 in Deutschland patentirte Formpresse von Karl Reuther, in Firma Bopp und Reuther in Mannheim.

mittels der Hakenscheibe befestigt und mit Sand gefüllt. Dann läßt man durch ein Stenerventil Druckwasser unter die Kolben, wodurch dieselben in die Höhe steigen und den Formkasten mit Sand gegen die Gegenpressplatte pressen.

Zu dieser Lage bleibt vorerst der Kasten, bis ein zweiter Kasten auf die nun oben befindliche Modellhälfte gesetzt ist und durch die Hakenscheiben befestigt wird; diese Befestigung geschieht mit einem Griff, wobei zugleich der unten auf dem Wagen ruhende Kasten gelöst wird.

Die Wendepatte wird wieder gedreht und man formt wie vorher weiter, indem stets mit einem Hebel das Modell aus der unten ruhenden Form gehoben wird und zugleich der obere Formkasten gepreßt wird.

Der Hauptvorthell dieser hydraulischen Formpresse besteht in ihrer Verwendung bei hohen und größeren Formkästen. Der hydraulische Druck wird durch die verschiedenen Größe der Preßkolben der Kastengröße angepaßt, was eine vollkommene Gleichmäßigkeit der Form herbeiführt.

Nebstlich wie vorstehend beschriebene Formpresse ist die unter Nr. 73514 patentirte Formpresse; dieselbe hat bei nur einem hydraulischen Kolben die gleiche doppelte Wirkung. Diese Formpresse findet vorzugsweise Verwendung bei besonders langen Modellen, wo der Abstand der beiden Kolben zu groß ausfallen würde.

Vorstehender Artikel ist von der Firma Bopp und Reuther in Mannheim in der Zeitschrift „Der Maschinenbauer“ veröffentlicht und zum Schluß hinzugefügt

worden: „Seit etwa 10 Jahren ist die Eisengießerei von Bopp und Reuther in Mannheim mit hydraulischer Formerei-Einrichtung versehen und mit 42 hydraulischen Formmaschinen von verschiedener Größe und Bauart ausgerüstet, wodurch die Leistungsfähigkeit bedeutend erhöht und die Genauigkeit der Abgüsse auf ein solches Maß gebracht wird, daß die Bearbeitung der Gußstücke in der mechanischen Werkstatt auf ein Minimum reduziert werden konnte, und da ferner jeder eingelernte Tagelöhner damit arbeiten kann, so ist die Gießerei unabhängig von der Geschicklichkeit und dem guten Willen der Arbeiter.“

Letztere Sachverbindung figurirt bereits im Eingange des Artikels und sie zeigt die Tendenz, von der die Kapitalisten sich zu technischen Erfindungen und Verbesserungen leiten lassen. Diese Tendenz ist Geradenbildung der Arbeiter in beruflicher, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung, die Entbehrlichmachung gelernter, qualifizierter Arbeiter und die dadurch gewonnene Möglichkeit, mit völlig ungelerten Handlangern und Tagelöhnern, event. mit polnischen, italienischen oder auch chinesischen Sklaven zu produzieren.

Die Erfinder, Bopp und Reuther in Mannheim, kennen als Unternehmer, die sie selbst sind, ihre Genossen so gut, daß sie als die beste Empfehlung ihrer Formpressen glauben schreiben zu sollen, sie machen von der Geschicklichkeit und dem guten Willen der Arbeiter unabhängig — und sie werden damit auch den besten Geschäftserfolg haben, denn so etwas zieht.

An die Metallarbeiter des nieder-rheinischen Bezirks.

In der Düsseldorf-er Mitgliederversammlung vom 6. April wurden die Unterzeichneten zu Vertrauensleuten gewählt. Da wir nun gewählt sind, unsere Pflicht in jeder Weise zu erfüllen, fordern wir gemäß den Beschlüssen der Barmer Konferenz die Genossen auf, uns thätig zu unterstützen.

Mit kollegialischem Gruß
Nikolaus Massonne, Heinrich Sprock, Vertrauensmann, Stellvertreter, Reihelstraße 157, 11, Saubachstraße 30, 1, Düsseldorf.

Vermischtes.

Erfreuliche Fortschritte verzeichnet der Verband der deutschen Buchdrucker für 1894. Die Mitgliederzahl stieg von 16078 auf 17776, mit dem Ende Dezember auf der Reise Verbliebenen auf 18000, die sich auf 774 Druckorte (67 mehr als 1893) verteilen. Damit ist die vor dem Streik erreichte Höhe wieder überschritten.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Hamburg,

welche im vorigen Jahre 68000 Flugblätter in polnischer, tschechischer und italienischer Sprache in 58 Orten verbreitete, beabsichtigt dasselbe auch heuer wieder zu thun. Sie erucht daher die Vertrauensleute derjenigen Orte, in denen ausländische Arbeiter beschäftigt werden, ihr Mittheilung zu machen, ob an Orte Flugblätter der gedachten Art gebraucht und wie viel derselben erforderlich sein werden.

Der Zentralverband deutscher Arbeiter nahm im Jahre 1894 ein an Beiträgen 2022,95, an Eintrittsgeld 21,43, Beitragsabbonnement 21,97, sonstige Einnahmen 118,75, Sammelgeld 21,84, 80 und verausgabte für Streiks 21,632, für Reiseunterstützung 21,69, 20, Unterstützung in Nothfällen 21,101,50, Migration 21,261,05, Sozialarbeitergehalt 21,281, Druckkosten 21,350,57, an die Generalkommission 21,12, Verwaltung 21,214,13, Porto 21,281,73, ufm. Die Hauptkasse hatte am 1. Januar 1894 21,508,05 vorzutragen und beschloß am Jahresschlusse 21,589,97, Mitgliederzahl 581.

Der Zentralverband der Bildhauer nahm in den zweieinhalb Jahren seit seinem Bestehen (umgewandelt aus dem früheren Unterstützungsverein) 2821 Mitglieder auf. Ausgeschlossen wurden 1402, an traten 220 ufm. Der Mitgliederstand betrug Ende 1894 2089 (2170 ledige, 788 verheiratete, 8 Witwen). Nach einer Statistik gab es 1894 in 327 Orten 2167 Geschäfte mit 4596 Gehilfen und 1854 Beurlaubten. — Arbeitslosenunterstützung auf der Reise wurde für 27167 Tage à 21, für 7801 Tage à 21, 75 und für 4754 Tage à 50 21, insgesammt 21,85009,75 gezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung an Orte betrug 21,40597 und die Krankenunterstützung beanspruchte 21,32181,60.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Dießl Verlag) ist soeben das 85. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein junger Mann, ein Pfälzisches Jbhl. — Die revolutionären Kräfte Russlands elust und lebt. Von W. Ugelrod. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, 1886—1892. Von F. A. Sorge. (Fortsetzung.) — Fuchsnäht. Ein Epilog von Adolf Müller. — Rollen: „Und aus Steinen ward B. ob.“ Von Heinrich Vogel. Zum Anwaschen der Zahl der Ehescheidungen in Deutschland. — Feuilleton: Germinie Lacerte. — Von Edmund und Jules de Goncourt. Einzig autorisirte Uebersetzung von Emma Uster. (Fortsetzung.)

„Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. F. W. Dießl Verlag). Nr. 11 des 6. Jahrgangs enthält: Des Umsturzesummeles Glück und Ende. — Die Maifeier. Umsturz aller Orten! Das Vereins- und Versammlungsrecht vor dem Reichstage. — Jus primae noctis im letzten Viertel des XIX. Jahrhunderts in Preußen. Feuilleton: Eine alltägliche Geschichte. Von E. Anders. Herausforderung (Belicht). — Arbeiterinnenbewegung. — Kleine Nachrichten.

Briefkasten.

Iphor und Hannover (Klempner). Wir machen auf den Beschluß der Generalversammlung über die Aufnahme von Berichten aufmerksam. Reserate über Vorträge nehmen wir nur dann auf, wenn sie auch wirklich etwas Bemerkenswerthes enthalten. — Wir bitten mehr über Arbeitsverhältnisse zc. zc. zu berichten als über Vorträge.

Attenhagen. Nichts erhalten. Kann auch bei der Post verloren gegangen sein. — Berichte, die wirklich von Interesse sind, nehmen wir auf, andere nicht.

Barmen. Nächste Nummer.

Verbands-Anzeigen.

In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

Altona. Montag, 10. Juni, gemeinschaftliche Versammlung der Sektionen der Schlosser, Schmiebe und Klempner bei Meier.

Hamburg. Samstag, 15. Juni, Mitgliederversammlung.

Berlin. Sonnabend, 15. Juni, Abends 8 Uhr, in Hammer's Lokal wichtige Besprechung. Zugleich werden die Mitglieder erucht, ihre Beiträge pünktlich zu bezahlen. Da am 1. Juli die neuen Marken zur Ausgabe gelangen, so ist es notwendig,

die rückständigen Steuern zu entrichten. Die Bibliotheksmitglieder sind mitzubringen.

Preußen. (Sektion der Klempner.) Jeden 2. Sonnabend im Monat Mitglieder-Versammlung, Abends 8 Uhr, im Jabel's Restaurant, Kleine Grotzengasse 10.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Frankfurt a. M. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Preußen. (Sektion der Former.) Samstag, 8. Juni, Abends 8 Uhr im „Nöbke“ Versammlung. Wahl eines Bevollmächtigten und zweier Revisoren. Vortrag von H. Schäfer.

Werksführer für Feilenhauerei, tüchtig auf große Feilen und im Gärten, bei guter Bezahlung und freier Station zum baldigen Eintritt gesucht. Für gewissenhaften, tüchtigen Arbeiter angenehme, selbstständige und dauernde Stelle. Gest. Offerten mit Zeugnis-Abdrücken unter Chiffre H. F. 15 an die Expedition ds. Bl. erbeten.

Ein tüchtiger Feilenhauer für dauernde Arbeit sofort gesucht. Feilenhauerei P. Puch, Sprottau, Schlesien.

Fachschriften für Metallarbeiter. Franks-Zusendung bei Einsendung des Betrages. Bitte Katalog zu verlangen. Joh. Jussenbach, Bader-Verband und Verlag, Berlin 4.

Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter. Mit 8 Karten, geh. Mark 1.50. Durch J. Schörm, Nürnberg u. alle Buchhandl.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wie allgemein bekannt, wurden die von der Erfurter Auspeerrung betroffenen 30. 100 Arbeiter durch die Noth dazu gedrängt, eine

Genossenschaft für Schuhfabrikation

in's Leben zu rufen, um nicht elend zu Grunde zu gehen. Um aber einen solchen Betrieb gegenüber der Konkurrenz zu erhalten, ist es notwendig, denselben mit allen technischen und maschinellen Betriebsmitteln auszustatten. Das ist mit Ausbeutung aller Kräfte geschehen und hat sich die Genossenschaft eine bedeutende Last auferlegt. Um nun die Arbeiter zu beschäftigen und das Unternehmen vorwärts zu bringen, ist ein großer Umsatz erforderlich, weshalb ich im Namen der Genossenschaft mich an alle Arbeiter und Arbeiterinnen wende, ihren Bedarf von der

Deutschen Schuhfabrik, Erfurt,

Udestebierstraße, zu beziehen. Die Waare ist solid, elegant und preiswerth und kann mit jedem Fabrikat der Konkurrenz sich messen.

Willalgeschäfte befinden sich in folgenden Orten: Hannover, Eggeling, Klagermarkt 7a; Hamburg, Köhler, Weststraße 5a; Bremen, Lorenz, Doveithorstraße 25; Braunschweig, Th. Rogge, Höhe 4; Köln, Willmann, Eigelstein 68; München, Danguller, Sendlingerstr. 15; Stangl, Dachauerstraße; Frankfurt a. M., Brühne, Liebfrauenberg 26; Berlin, Wellalliancestraße 98/99, Rosenhallerstraße 68/64; Magdeburg, Mayor, Spiegelbrücke.

Genossen und Genossinnen, unterstützt uns durch Kauf der Waaren nach Kräften. Mit kameradschaftlichem Gruß J. A.: W. Bock, Geschäftsführer.

Anzeigen.

Nachrufe.

Am 22. Mai starb nach schwerem langem Leben an der Proletarierkrankheit der Former

Franz Schime in Gerhards. Die Einzelmitglieder des Verbandes von Perleberg rufen ihm eine „Ruhe sanft!“ nach.

Am 22. Mai starb unser Mitglied, der Hobler

Heinrich Bock. Wir verlernen in ihm einen treuen Genossen und werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

Ortsverwaltung Ortes.

Der Schlosser **Gustav Gittie**, geboren zu Brandis am 25. Oktober 1874, eingetretten am 12. Februar 1895 zu Stuttgart, wird ersucht, seine Adresse nach hier gelangen zu lassen, damit ihm sein Mitgliedsbuch zugestellt werden kann.

Ortsverwaltung Jossen.

Eine alte, im besten Betriebe stehende **Schlosserei** ist mit Werkzeug, Haus, großem Garten, Familienverhältnisse halber zu verkaufen. Näheres bei **J. Finzer**, Schlossermeister, Schloßberg bei Rosenheim.

Feilenhauerei mit Wohnhaus

um 6000 Mk zu verkaufen. Flottes Geschäft, 8 Mann Beschäftigung. Günstige Gelegenheit für Anfänger.

Frau Hauser, Belgard a. d. Verfaute i. Pom.

Das Former-Pinsel-Versandgeschäft

von **H. Weiland,** Fürstenaalbe (Spreewald)

bringt seine vorzüglichsten Pinsel bei herabgesetzten Preisen in empfehlende Erinnerung.

Preisliste.

I. Qualität in Kielen.

Nr. 3/0 2/0 0 1 2
à Dkb. 85 1,35. 1,35. 2,50. 3,50.

Nr. 3 4 5 6
à Dkb. 4,25. 5,80. 8. 9,50.

Nr. 7 8
à Dkb. 12,60. 14,50.

II. Qualität in Zinkblech.

Nr. 1 2 3 4
à Dkb. 1,50. 2,10. 3. 3,70.

Nr. 5 6 7 8
à Dkb. 4,70. 5,80. 8. 9,20.

Nr. 9 10
à Dkb. 13. 15,60.

III. Qualität in Kielen.

Nr. 00 0 1 2
à Dkb. 1,05. 1,40. 2. 2,50.

Nr. 3 4 5 6
à Dkb. 3,40. 4,20. 6,30. 7.

Nr. 7 8
à Dkb. 10. 12

IV. Qualität breit.

25 mm 35 mm 50 mm 65 mm
à Dkb. 4,20. 5. 7. 10.

80 mm 90 mm
à Dkb. 12. 15.

Bingigshergelhilfe tüchtig in Kleinarbeit, wird sofort gesucht. Th. Bende, Belgard, Poststr. 4.

Jubiläums- 25 Ausgabe.

Soeben erschien die fünfundsanzwanzigste Auflage von **August Bebel:**

Die Frau und der Socialismus

Sechst-Ausgabe. Complet in 10 Heften à 20 Pfennig. Zu beziehen durch alle Colporteurs.

Jedem Parteigenossen zur Anschaffung empfohlen!
Soeben ist complet in 5 Heften erschienen:
Umsturz und Socialdemokratie
Stenographischer Bericht
ber
Reichstags-Verhandlungen über die Umsturz-Vorlage.
464. Seiten Groß-Oktav. — Preis 60 Pfennig. — Porto 20 Pfennig
Heft 1 und 2 je 15 Pfg., Heft 3, 4 und 5 je 10 Pfg.
Gebundene Exemplare à 80 Pfg. Porto 20 Pfg.
Seit der Zukunftsstaatsdebatte hat keine Reichstagsverhandlung die öffentliche Meinung so tief erregt wie die Umsturzdebatte, und die reaktionären Angriffe auf das Allgemeine Wahlrecht, wie die Drohungen mit dem Staatsstreich und neuen Ausnahme-gesetzen hatten das Interesse an diesen Verhandlungen noch auf lange hinaus lebendig. Für unsere Partei sind diese einzelnen Hefte — nach dem einstimmigen Klageruf der gegnerischen Presse — das beste Agitationsmaterial, über das wir zur Zeit verfügen; und für alle politisch regen Kreise wird das Buch (wie f. B. die Verhandlungen über das Socialistengesetz) ein werthvolles historisches Aftenstück bleiben.
Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Weuthstraße 2.
Auch zu beziehen durch:
Wörlein & Comp., Buchhdlg., Weizenstr. 12/14, Nürnberg.